

Bundesamt für Sozialversicherungen
Abteilung AHV, BV, EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 23. Mai 2014

Vernehmlassung zum Vorentwurf einer Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG); anrechenbare Mietzinsmaxima

Vernehmlassungsantwort von CURAVIVA Schweiz und senesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der nationale Dachverband CURAVIVA Schweiz dankt Ihnen, dass er zur oben erwähnten Vernehmlassung eingeladen wurde.

Als Branchen- und Institutionenverband mit arbeitgeberpolitischer Ausrichtung vertritt CURAVIVA Schweiz die Interessen seiner Mitgliederinstitutionen aus den Bereichen Menschen im Alter, Erwachsene Menschen mit Behinderung sowie Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen. Insgesamt vertritt CURAVIVA Schweiz 2'570 Institutionen, in denen rund 115'000 Bewohnerinnen und Bewohner leben und 130'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind.

1. Einleitende Bemerkungen

1.1. Gemeinsam erarbeitete Standpunkte von CURAVIVA Schweiz und senesuisse

Die vorliegende Vernehmlassungsantwort wurde von den im Heimbereich tätigen Verbänden CURAVIVA Schweiz und senesuisse gemeinsam erarbeitet.

1.2. Beschränkte Bedeutung der vorliegenden ELG-Änderung für die Heimbranche

Der vorliegende ELG-Änderungsentwurf betrifft die Heime und soziale Institutionen insoweit, als folgende Voraussetzungen im Einzelfall gegeben sind:

- Die in Frage stehenden Bewohner und Bewohnerinnen beziehen Ergänzungsleistungen (EL); und:
- die in Frage stehenden Bewohner und Bewohnerinnen wohnen in betreuten Wohneinheiten von Heimen, sofern der betroffene Kanton solche Einheiten als Teile eines Heims bezeichnet – und nicht als Privatwohnungen (vgl. Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG i. V. m. Art. 25a Abs. 1 ELV);

oder aber die zuständige IV-Stelle hat einer versicherten Person im Zusammenhang mit der Gewährung eine Hilflosenentschädigung als Heimbewohnerin im Sinne von Art. 42^{ter} Abs. 2 IVG eingestuft (vgl. Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG i. V. m. Art. 25a Abs. 2 ELV).

Obwohl die Erhöhung der Mietzinsmaxima die Heime im beschränkten Sinn nicht unmittelbar direkt betrifft, besteht aus gesamtheitlicher Sicht ein sehr grosses Interesse an den grundsätzlichen Überlegungen und Auswirkungen. Die Mietzinsmaxima sind ein Teil der Finanzierung für Wohnen, Betreuung und Pflege von alten und behinderten Menschen.

1.3. „Betreutes Wohnen“ als sinnvolle Alternative zu Heimaufenthalten

Das betreute Wohnen von Menschen im Alter bzw. mit Behinderung (also das Wohnen in einer Wohneinheit mit Möglichkeit der Inanspruchnahme von spezifischen Unterstützungsangeboten) stellt für Personen mit tiefem Pflegebedarf insgesamt die günstigste Wohnform dar und entlastet zugleich auch die betroffenen Leistungserbringer und Finanzierungswerke und -mechanismen.

Betreutes Wohnen stellt also eine bedeutende Zwischenform in der Pflege und Betreuung von älteren Menschen und von Menschen mit Behinderung dar.

Betreutes Wohnen und Alters-/Pflegeheimaufenthalte weisen gleichwohl spezifische Grundzüge auf, die von einer vollständigen Gleichsetzung und Vermischung beider Betreuungs- und Wohnformen abhalten sollen.

Betreutes Wohnen von älteren Menschen und von Menschen mit Behinderung kann jedoch nur eine sinnvolle Alternative zu Heimaufenthalten sein, wenn es für die Betroffenen im Einzelfall finanziell zumutbar ist.

Deshalb wird hier ein Verbesserungsvorschlag unterbreitet (vgl. unten 4.2 - 4.3), welcher eine breitere Gesamtschau ermöglicht: Die vorliegende Anpassung soll nicht nur das zu Hause wohnen bleiben verbessern, sondern auch sinnvolle Angebote für betreutes Wohnen unterstützen.

Damit kann ein optimales Angebot für ältere Menschen sowie für Menschen mit Behinderung geschaffen werden, für welche heute der unerwünschte Umzug ins Heim nötig ist, was die Ergänzungsleistungen finanziell stark belastet.

CURAVIVA Schweiz und senesuisse bedanken sich deshalb für die Berücksichtigung des unter Ziffer 4.2 - 4.3 aufgeführten Antrags, damit betreutes Wohnen im Alter und für Leute mit Behinderung auch für Personen mit EL-Bedürftigkeit künftig kundenfreundlicher und gleichzeitig günstiger erfolgen kann – zum Wohle aller Betroffenen; Angehörigen und Staatskassen.

2. Heutige Ergänzungsleistungen zu den Mietzinsen

Von den zu Hause lebenden Personen bezogen im Jahr 2012 109'141 Personen eine EL zur AHV, 73'548 Personen eine EL zur IV (vgl. erläuternden Bericht, S. 9).

Der benötigte Mietzins für zu Hause lebende Personen ist einer der Ausgabenposten in den EL. Er ist nicht in der Bedarfspauschale für den allgemeinen Lebensbedarf eingeschlossen, sondern separat betrachtet. Bei der Festsetzung der EL wird der effektive Mietzins bis zu einem gesetzlich festgelegten Mietzinsmaximum anerkannt. Das geltende Recht unterscheidet zwei Mietzinsmaxima, eines für Alleinstehende von 1'100 Franken pro Monat und eines für Ehepaare sowie Familien von 1'250 Franken (also 13'200 Franken respektive 15'000 Franken jährlich; gemäss Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 und 2 ELG). Für Personen, welche eine rollstuhlgängige Wohnung benötigen, wird zum Mietzins zusätzlich ein Zuschlag von bis zu 300 Franken im Monat berücksichtigt (Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 ELG).

Die Nebenkosten werden nur in der Höhe des im Mietvertrag vereinbarten Betrags anerkannt, höchstens aber das gesetzliche Mietzinsmaximum. Bei den Mietzinsmaxima handelt es sich somit um Bruttobeträge. Eine allfällige Nach- oder Rückzahlung von Nebenkosten wird in der EL-Berechnung nicht berücksichtigt (Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG).

Leben mehrere Personen im gleichen Mietobjekt, wird zur Feststellung des für die EL-Bezüger anrechenbaren Mietzinses eine Mietzinsaufteilung vorgenommen (Art. 16c ELV). Der Mietzins (inklusive Nebenkosten) wird in diesen Fällen zu gleichen Teilen auf die einzelnen Personen aufgeteilt. In der EL-Berechnung wird dann der effektive Mietanteil der EL-beziehenden Person bis zum festgelegten Maximum berücksichtigt.

Zuletzt wurden die Mietzinsmaxima durch den Bundesrat im Jahr 2001 erhöht, was gemäss Art. 19 ELG in seiner Kompetenz liegt.

Werden die Mietzinsmaxima erhöht, steigen zum einen die Ausgaben der EL für die Personen, welche zu Hause leben (periodische EL). Zum anderen wirkt sich eine Erhöhung nach geltendem Recht auch auf die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Heimkosten aus: Bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen übernimmt der Bund fünf Achtel der jährlichen Ergänzungsleistungen, wozu auch der Mietzins gehört. Der Bundesanteil wird bestimmt, indem für jede EL-beziehende Person im Heim eine EL-Berechnung vorgenommen wird, als lebte sie zu Hause. Dabei wird in jedem Fall der höchstmögliche Mietzins eingesetzt.

Eine Erhöhung der Mietzinsmaxima hat demgemäss auch eine Erhöhung des Bundesanteiles an den Heimkosten zur Folge: Pro im Heim lebende bedürftige Person müsste der Bund den Kantonen fünf Achtel der neuen Mietzinsmaxima bezahlen. Anders bei den zu Hause lebenden EL-Beziehenden: Weil in diesen Fällen jeweils der effektive Mietzins (bis zum Maximalbetrag) berücksichtigt wird, werden nur jene Personen die Erhöhung nutzen und folglich Mehrkosten auslösen, deren Mietzins das heutige Maximum übersteigt. Dies entspricht derzeit rund 28 Prozent der Fälle.

3. Stellungnahmen und Kommentare zu den Einzelnen Bestimmungen

3.1. Übersicht über die geplanten Änderungen

Der Vorschlag des Bundesrats zielt inhaltlich in erster Linie darauf ab, die maximalen Beträge für Mietzinse zu erhöhen, die bei der Berechnung des EL-Anspruchs berücksichtigt werden.

Neben der Erhöhung der Mietzinsmaxima sieht der Bundesrat folgende Massnahmen vor:

- Berücksichtigung der unterschiedlichen Mietzinsbelastung zwischen Grosszentren, Stadt und Land;
- Berücksichtigung der nichtverheiratete Paare und der Wohngemeinschaften;
- Berücksichtigung der rollstuhlgängigen Wohnungen.

Laut Bundesrat soll die Anpassung der Höchstbeträge für die anrechenbaren Mietzinse so ausgestaltet werden, dass sie die Bundesbeteiligung an den Heimkosten nicht beeinflusst (vgl. S. 23 und 27 des erläuternden Berichts des Bundesamts für Sozialversicherungen zum Vorliegenden Entwurf einer ELG-Änderung; nachfolgend: „erläuternder Bericht“).

Gemäss erläuterndem Bericht führt die Änderung zu Mehrkosten von insgesamt 76 Millionen Franken pro Jahr, davon haben der Bund 47 Millionen Franken und die Kantone 29 Millionen Franken zu tragen (vgl. S. 26).

In der vorliegenden ELG-Änderung sind etwa folgende Massnahmen bzw. Anpassungen nicht vorgesehen:

- Änderung des Verfahrens der Nebenkosten in den EL;
- Stärkung der Wohnhilfen des Bundes;
- Überprüfung der Mietzinse durch die EL-Stellen.

3.2. Wortlaut der revidierten ELG-Bestimmungen

3.2.1. Art. 10 Abs. 1 Bst. b, 1^{bis} und 1^{ter} ELG

Art. 10 Abs. 1 Bst. b, 1^{bis} und 1^{ter} (neu)

¹ Bei Personen, die nicht dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben (zu Hause lebende Personen), werden als Ausgaben anerkannt:

[...]

b. der Mietzins einer Wohnung und die damit zusammenhängenden Nebenkosten; wird eine Schlussabrechnung für die Nebenkosten erstellt, so ist weder eine Nach- noch eine Rückzahlung zu berücksichtigen; als jährlicher Höchstbetrag werden anerkannt:

1. für eine alleinlebende Person: 16'140 Franken in einem Grosszentrum, 15'480 Franken in einer Stadt und 14'400 Franken auf dem Land,
2. bei mehreren im gleichen Haushalt lebenden Personen:
 - für die zweite Person: zusätzlich 2'760 Franken in einem Grosszentrum, 2'700 Franken in einer Stadt und 3'000 Franken auf dem Land,
 - für die dritte Person: zusätzlich 2'400 Franken in einem Grosszentrum, 1'500 Franken in einer Stadt und 1'800 Franken auf dem Land,

- für die vierte Person: zusätzlich 1'800 Franken in einem Grosszentrum, 1'500 Franken in einer Stadt und 1'200 Franken auf dem Land.
- Für weitere Personen werden keine Zusatzbeträge mehr berücksichtigt.

3. bei der notwendigen Miete einer rollstuhlgängigen Wohnung: zusätzlich 3'600 Franken.

^{Ibis} Bei mehreren im gleichen Haushalt lebenden Personen ist der Höchstbetrag der anerkannten Mietkosten für jede anspruchsberechtigte oder in der gemeinsamen EL-Berechnung zu berücksichtigenden Person nach Artikel 9 Absatz 2 einzeln und unter Berücksichtigung der Haushaltgrösse festzusetzen.

^{Iter} Der Bundesrat teilt für die Berücksichtigung der anerkannten Mietzinse die Gemeinden auf der Grundlage der Raumgliederung des Bundesamtes für Statistik in drei Regionen Grosszentren, Stadt und Land ein.

3.2.2. Art. 13 Abs. 2 ELG

Art. 13 Abs. 2

Bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen übernimmt der Bund fünf Achtel der jährlichen Ergänzungsleistungen, soweit die Summe des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 1, des Betrags von 13200 Franken für den Mietzins und der Beträge für die anerkannten Ausgaben nach Artikel 10 Absatz 3 nicht durch die anrechenbaren Einnahmen gedeckt sind; die mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt in direktem Zusammenhang stehenden Einnahmen werden dabei nicht berücksichtigt. Den Rest tragen die Kantone.

4. Beurteilung der geplanten Änderungen durch CURAVIVA Schweiz und senesuisse

4.1. Kurzbeurteilung der geplanten ELG-Änderungen

Die Ausführungen im erläuternden Bericht sind aus Sicht von CURAVIVA Schweiz und senesuisse korrekt und nachvollziehbar. Die beiden Verbände weisen jedoch darauf hin, dass diese Mietzinsmaxima keineswegs ausreichen, um optimale Liegenschaften mit altersgerechten und/oder behindertengerechten Wohnformen zu finanzieren.

Wenn ein Eintritt ins Alters- oder Pflegeheim hinausgezögert werden soll, müssen rollstuhlgängige Wohnungen mit Leistungen in der Pflege kombiniert angeboten werden. Solche Angebote sind sehr gefragt, aber heute über die Ergänzungsleistungen nicht bezahlbar: Damit die nötigen Investitionen in Angebote von betreutem Wohnen im Alter bzw. mit Behinderung vorgenommen werden, sind minimale Mietzinse zwischen 2'000 und 2'500 Franken pro Monat nötig. Auch wenn dies als relativ hoch erscheint, kann im Vergleich zu den durchschnittlichen Kosten eines Heimaufenthalts mit diesen Ausgaben bis zu 50 Prozent der EL-Kosten eingespart werden.

Ansonsten begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse die vorgelegten Änderungen grundsätzlich. Obwohl sie als Verbände der Alters- und Pflegeeinrichtungen handeln, ist es das Anliegen von CURAVIVA Schweiz und senesuisse, dass nicht möglichst viele Menschen diese auf hohe Pflegebedürftigkeit und Demenz ausgelegte Infrastruktur benötigen. Vielmehr liegt das allgemeine Interesse auf der bedürfnisgerechten und effizienten Leistungserbringung. Deshalb unterstützen CURAVIVA Schweiz und senesuisse die Bemühungen, damit nicht mehr (wie heute) als ein Drittel der Plätze in Alters-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen von Personen

mit einem Pflegebedarf von unter 60 Minuten pro Tag beansprucht wird: Für diese Personen sind geeignete Wohnformen mit ergänzend angebotener Pflege, Betreuung und Restauration nötig, welche auch über die Ergänzungsleistungen finanzierbar werden müssen.

CURAVIVA Schweiz und senesuisse nehmen auf die verschiedenen Aspekte der vorliegenden geplanten ELG-Änderung summa summarum wie folgt Stellung:

- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen grundsätzlich die beabsichtigte Erhöhung der maximalen Beträge für Mietzinse, die bei der Berechnung des EL-Anspruchs gemäss vorliegendem Vorentwurf künftig zur Anwendung gelangen sollen.

Der geplante Umfang dieser Erhöhung der Mietzinsmaxima ist jedoch für bewohnergerechtes betreutes Wohnen im Alter bzw. mit Behinderung ungenügend. Wenn nicht nur Zusatzausgaben resultieren sollen, sondern auch ein sinnvoller Anreiz zu organisierten Wohnangeboten statt Heimeintritten, müssen zusätzliche Ergänzungen vorgenommen werden. In dieser Hinsicht haben CURAVIVA Schweiz und senesuisse einen ergänzenden Vorschlag erarbeitet (vgl. unten 4-2 – 4.3).

- CURAVIVA Schweiz und senesuisse beantragen, dass eine schweizweit einheitliche Definition des Begriffs „betreutes Wohnen im Alter“ bzw. „mit Behinderung“ im ELG verankert wird.
- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen die geplante Berücksichtigung der unterschiedlichen Mietzinsbelastung zwischen Grosszentren, Stadt und Land – sowie die Art und Weise dieser vorgesehenen Berücksichtigung.
- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen, dass die finanzielle Situation von nichtverheirateten Paaren und Wohngemeinschaften realitätsnäher berücksichtigt wird.
- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen die weitere Berücksichtigung der rollstuhlgängigen Wohnungen sowie deren Umfang. Dabei muss aber ausdrücklich auf die Wohnung selbst und nicht auf die darin wohnenden Personen abgestellt werden: Auch wenn die Bewohnenden (noch) über keine Hilfenentschädigung verfügen oder keine medizinische Gehbeeinträchtigung nachweisen, muss gestützt auf die rollstuhlgängige Infrastruktur der Zuschlag bezahlt werden, damit auch bei Personen mit Demenz oder anderen Beeinträchtigungen die entsprechenden Mehrkosten für die schwellenlose Wohnungserstellung abgedeckt werden.
- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen, dass kein aufwändiger Mechanismus zur Überprüfung der Mietzinse durch die EL-Stellen im Rahmen des vorliegenden Vorentwurfs vorgesehen ist.
- CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen, dass keine Änderung des Verfahrens der Nebenkosten in den EL vorgesehen ist.
- Zum Weglassen einer Stärkung der Wohnhilfen des Bundes nehmen CURAVIVA Schweiz und senesuisse keine Stellung. Hier wird gleichwohl zu bedenken gegeben, dass nicht nur die Mietzinse in den letzten 13 Jahren deutlich gestiegen sind, sondern auch die Erstellungskosten für Alters-, Pflege- und Behindertenheime.

4.2. Erhöhung der maximalen Beträge für Mietzinse, die bei der Berechnung des EL-Anspruchs berücksichtigt werden sollen

4.2.1. Inhalt

Vorschlag zur Formulierung eines neuen Artikels 10 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 4 sowie Artikels 10 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 4 ELG:

Art. 10 Abs. 1 Bst. a Ziff. 4 ELG (neu)

4. Die Ansätze von Ziff. 1 - 3 für den allgemeinen Lebensbedarf erhöhen sich um 50 Prozent, sofern die Anspruchsberechtigten in einer behinderten- und altersgerechten Wohnform leben.

Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 4 ELG (neu)

4. Die Ansätze von Ziff. 1 - 3 für Miet- und Nebenkosten erhöhen sich um 50 Prozent, sofern die Anspruchsberechtigten in einer behinderten- und altersgerechten Wohnform leben.

4.2.2. Begründung

Die Mietzinsmaxima gemäss ELG hat der Bundesrat letztmals im Jahr 2001 um 1'200 Franken pro Jahr erhöht – für Alleinstehende und Ehepaare gleichermassen. Damit betragen sie heute jährlich 13'200 Franken für Alleinstehende und 15'000 Franken für Ehepaare (Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 und 2 ELG).

Während der zehn darauffolgenden Jahre sind jedoch die Mietzinse in der Schweiz im Durchschnitt um 18 Prozent angestiegen. Im Jahr 2010 reichte das anrechenbare Mietzinsmaximum für nur noch 40 bis 75 Prozent der EL-beziehenden Personen.

Deswegen begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse die Aktualisierung und Erhöhung der Mietzinsmaxima grundsätzlich, damit diese den aktuellen Verhältnissen auf dem Mietmarkt besser entsprechen.

Der vorliegende Vorentwurf zur ELG-Änderung sieht die Erhöhung der jährlichen Höchstbeträge für Mietzinse wie folgt vor: Auf 16'140 Franken (monatlich 1'345 Franken) für eine alleinlebende Person in einem Grosszentrum; auf 15'480 Franken (monatlich 1'290 Franken) für eine alleinlebende Person in einer Stadt; auf 14'400 Franken (monatlich 1'200 Franken) für eine alleinlebende Person auf dem Land (vgl. Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 revELG).

Eine solche Erhöhung halten CURAVIVA Schweiz und senesuisse aber für ungenügend, um optimale Angebote für beeinträchtigte Personen zu schaffen. Auch mit diesen vorgesehenen Höchstbeträgen für den Mietzins ist ein menschenwürdiges Wohnen im Alter bzw. mit Behinderung in einer betreuten Wohnung in Tat und Wahrheit öfter nicht finanzierbar. Es droht die Zementierung des aktuellen Zustandes, dass auch Personen mit geringen Einschränkungen ins Heim eintreten müssen, weil die EL-Mietzinsmaxima für auf diese Bedürfnisse ausgerichtete Angebote nicht ausreichen. Die Beträge wurden ja „so gewählt, dass für jede Kategorie (Region sowie Haushaltgrösse) eine möglichst einheitliche Abdeckung von 90 Prozent erreicht wird“ (erläuternder Bericht, S. 22).

Die gleiche Beurteilung gilt für die vorgesehene Erhöhung der Höchstbeträge für Zusatzbeträge zum Mietzins, wenn mehrere Personen im gleichen Haushalt leben (vgl. Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 2 i. V. m. Art. 10 Abs. 1^{bis} revELG).

4.3. Nationale Begriffsdefinition des „betreuten Wohnens im Alter“ bzw. des „betreuten Wohnens mit Behinderung“

Betreutes Wohnen stellt eine bedeutende Zwischenform in der Pflege und Betreuung von älteren Menschen und von Menschen mit Behinderung dar.

Betreutes Wohnen von älteren Menschen und von Menschen mit Behinderung kann jedoch nur eine sinnvolle Alternative zu Heimaufenthalten sein, wenn es für die Betroffenen im Einzelfall finanziell zumutbar ist.

Die vorgesehene Erhöhung der Mietzinsmaxima wird deshalb von CURAVIVA Schweiz und senesuisse unter dem Vorbehalt begrüsst, wenn gleichzeitig die Bezahlbarkeit angemessener Angebote von betreutem Wohnen mit Ergänzungsleistungen ermöglicht wird.

Aus wichtigen Gründen der Kohärenz und Kongruenz beantragen CURAVIVA Schweiz und senesuisse, dass eine schweizweit einheitliche Definition des Begriffs betreutes Wohnen im Alter bzw. betreutes Wohnen mit Behinderung im ELG verankert wird.

4.3.1. Inhalt

Vorschlag zur Formulierung eines neuen Artikels 9 Absatz 5 Buchstabe i ELG:

Art. 9 Abs. 5 Bst. i (neu)

Der Bundesrat bestimmt:

[...]

- i. die Definition des betreuten Wohnens; dabei gelten als behinderten- und altersgerechte Wohnformen jene Angebote für betreutes Wohnen für Menschen im Alter oder für Menschen mit Behinderung, welche kumulativ folgende Dienstleistungen gewährleisten:
 - Behindertengerechte Bauweise;
 - 24-Stunden-Notrufdienst mit Fachpersonal und maximaler Interventionszeit von 15 Minuten;
 - integrierte Pflegeabteilung mit der Möglichkeit, jederzeit in die stationäre Pflege überzutreten.

Um aus betreutem Wohnen im Alter beziehungsweise mit Behinderung Nutzen ziehen zu dürfen, ist nicht erforderlich, dass der betroffenen Person eine Hilflosofensschädigung der AHV oder IV zugesprochen worden ist.

4.3.2. Begründung

Betreutes Wohnen ist die optimale Lösung für Wohnen, Betreuung und Pflege für ältere und/oder behinderte Menschen. Einerseits können Bewohnerinnen und Bewohner von solchen Wohnungen sehr lange in ihrer gewohnten und sicheren Umgebung bleiben. Andererseits ist dieser Aufenthalt viel günstiger als die beiden Alternativen (Heimaufenthalt resp. Spitex mit hohen Wegkosten). Auch die Kantone sind sich einig, dass es viel mehr Liegenschaften mit etlichen Wohnungen und integrierter Pflegeabteilung geben sollte. Die Nachfrage ist viel grösser als das Angebot.

Gemäss einer aktuellen Studie der Uni Basel (SHURP, 2013) sind mehr als 30 Prozent der in Alters- und Pflegeheimen lebenden Personen in den tiefen Pflegestufen 1-3 (von 12) eingestuft. Für sie sollte es bessere Lösungen als den Heimaufenthalt geben.

Ein betreutes Wohnen mit Dienstleistungen ist diese optimale Lösung, welche die Bedürfnisse der älteren oder behinderten Bevölkerung weitgehend abdeckt und Pflegeplätze einspart. Solche alters- bzw. behindertengerechte Wohnungen ermöglichen Aufrechterhaltung von Mobilität und regelmässigen sozialen Kontakten; gleichzeitig ist die Leistung der nötigen Pflege besser garantiert, als am ursprünglichen Wohnort. Auch bei zunehmendem Pflegebedarf müssen die Bewohnenden ihre rollstuhlgängige Wohnung nicht verlassen und können durch das ohnehin anwesende Pflegepersonal betreut werden. Eine 24-stündige Notrufbereitschaft mit sofortiger Interventionsmöglichkeit gewährleistet sowohl für Betroffene wie auch für Angehörige bestmögliche Sicherheit.

Das betreute Wohnen mit Dienstleistungen ist aber nicht nur die optimale, sondern erst noch die kostengünstigste Lösung. Während der Aufenthalt im Alters-, Pflege- oder Behindertenheim derzeit über Ergänzungsleistungen rund 160-200 Franken pro Tag kostet (exkl. Pflegekosten), ist alters- bzw. behindertengerechtes Wohnen bereits für weniger als 100 Franken pro Tag finanzierbar. Dies ist auch tiefer als die Kosten für eine einzige Stunde an Spitex-Leistungen (inkl. Wegzeit), welche gemäss Spitex-Statistik rund 110 Franken pro Tag beträgt. Die Zentrierung mehrerer Wohnungen an einem Ort ermöglicht zusätzliche Einsparungen bei den Pflegekosten, weil nebst dem Wegfall von Anfahrts- und Abfahrtsweg für einfachere Tätigkeiten im Gegensatz zur externen Spitex nicht nur bestens ausgebildetes Pflegepersonal eingesetzt werden kann. Damit wird erst noch der Mangel an tertiärem Pflegepersonal reduziert.

Folgende Dienstleistungen sollten in diesem Zusammenhang gewährleistet werden, um den begrenzt erhöhten Betrag zu rechtfertigen:

- Behindertengerechte Bauweise;
- 24-Stunden-Notrufdienst mit Fachpersonal und maximaler Interventionszeit von 15 Minuten;
- integrierte Pflegeabteilung mit der Möglichkeit, jederzeit in die stationäre Pflege überzutreten.

Als Vorbild dient die ehemalige Regelung im Kanton Bern (die sich bis Ende 2012 sehr gut bewährt hatte, aber wegen der Vereinheitlichung mit nationalem Recht befristet war), welche diese günstige und einfach umsetzbare Lösung mit angemessenen Pauschalen von 115 Franken pro Tag für EL-Bezüger vorsah (vgl. Artikel 34 EV ELG, BSG 841.311).

Von diesen Angeboten mit betreutem Wohnen im Alter bzw. mit Behinderung sollen Personen profitieren, welche einen Pflege- oder Betreuungsbedarf haben, aber keinen Heimplatz beanspruchen wollen oder sollen. Deshalb muss ein Eintrittskriterium bestehen, welches unabhängig von der Gewährung einer Hilflosenentschädigung zur AHV oder IV ist.

Diese wichtige Präzisierung muss ins Gesetz aufgenommen werden, als am besten geeignet erscheint hierfür die beantragte Ergänzung in Art. 9 Abs. 5 Bst. i ELG.

4.4. Berücksichtigung der unterschiedlichen Mietzinsbelastung zwischen Grosszentren, Stadt und Land

Im Grundsatz begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse die geplanten Änderungen in Art. 10 Abs. 1^{ter} revELG. Die Unterscheidung der Mietzinsbelastung zwischen Grosszentren, Stadt und Land auf der Grundlage der Typologie und Raumgliederung des BFS, welche

Kriterien wie Arbeitsplätze, der Mehrfamilienhausanteil, Reichtum, Tourismus, Bevölkerungsstruktur und die Zentrumsfunktion berücksichtigt, ist sinnvoll.

Weiter wird von CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüsst, dass die rechtliche Umsetzung dieser Berücksichtigung auf Verordnungsstufe durch den Bundesrat erfolgt, auf der Grundlage der Raumgliederung des BFS.

Die Anforderungen welche an eine Delegationsbestimmung bezüglich Normdichte gestellt werden, sind aus Sicht von CURAVIVA Schweiz und senesuisse eingehalten.

Auch der Verzicht auf eine zusätzliche Differenzierung wird begrüsst, um das System nicht unnötig kompliziert werden zu lassen.

Der vorliegende Lösungsvorschlag bestehend aus drei Regionen für die EL-Mietzinsmaxima (Grosszentren, Städte, Land) und die dazu vorgesehene regionale Einteilungsmethode für die EL-Mietzinsmaxima jeder einzelnen Gemeinde wird von CURAVIVA Schweiz und senesuisse auch nicht beanstandet.

Kongruent dazu wird von CURAVIVA Schweiz und senesuisse auch der Verzicht auf eine Unterscheidung der Mietszinsmaxima nach der Einteilung der Krankenversicherungsprämien nicht infrage gestellt, da die Verwendung dieser Einteilung einen regelmässigen Abgleich dieser nicht durchwegs einheitlichen Kriterien verlangen würde – in einem System, das stetem Wandel unterliegt.

4.5. Berücksichtigung der finanziellen Situation von nichtverheirateten Paaren und Wohngemeinschaften

Laut erläuterndem Bericht genügten im Jahr 2012 die Mietzinsmaxima bei einem dreiköpfigen Familienhaushalt in noch knapp 60 Prozent der Fälle, um deren Bedürfnisse abzudecken, während bei einer vierköpfigen Familie die Abdeckung unter 50 Prozent und bei einem Fünfpersonenhaushalt um rund 40 Prozent lag (vgl. S. 9 im erläuternden Bericht.).

Die Zunahme jüngerer IV-Rentner/innen und damit auch jüngerer EL-Beziehender in den letzten Jahren führte zu mehr Familien bei den EL-Beziehenden (vgl. S. 20 im erläuternden Bericht).

Deswegen begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse, dass die vorliegend geplante ELG-Revision diesem Umstand Rechnung tragen will, indem das Mietzinsmaximum aufgrund der Haushaltgrösse festgesetzt – und dadurch die Situation der Familien im ELG besser berücksichtigt wird.

Mit der geplanten Plafonierung einer Berücksichtigung der Haushaltgrösse durch Zusatzbeträge nur bis und mit der vierten Person können sich CURAVIVA Schweiz und senesuisse abfinden, da dieses Auffangsystem den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht werden dürfte: Auch wenn keine genaueren Angaben über grössere Haushalte vorliegen, darf davon ausgegangen werden, dass nur in vereinzelt Haushalten die vorgesehene Begrenzung relevant würde.

Auch die Tatsache, dass die geplante ELG-Änderung eine Festlegung der Mietzinsmaxima für jede Person einzeln und ein Ende der Verknüpfung mit dem Zivilstand vorsieht, entspricht aus Sicht von CURAVIVA Schweiz und senesuisse einer besseren Berücksichtigung der heutigen

sozialen Verhältnisse sowie einer gerechteren Behandlung der Ehepaare gegenüber den alleinstehenden oder in eheähnlichen Lebensgemeinschaften (Konkubinaten) lebenden Personen mit EL, die mit weiteren (gegebenenfalls EL-beziehenden) Personen im gleichen Haushalt leben. Richtigerweise wird mit der vorgesehenen Regelung der tatsächlichen Mietzinsteilung in Mehrpersonenhaushalten bzw. der in Tat und Wahrheit bereits heute in diesen Fällen oft vorgenommene Aufteilung des Mietzinses auf die Anzahl Personen im Haushalt sinnvoll Rechnung getragen.

Zum Grundbetrag, der dem Höchstbetrag einer alleinstehenden Person entspricht, soll der Zusatzbetrag für die zweite, dritte und vierte Person hinzugerechnet werden (vgl. erläuternden Bericht, S. 21). Gegen diese geplante Berechnungsmethode haben CURAVIVA Schweiz und senesuisse auch nichts einzuwenden.

4.6. Berücksichtigung der rollstuhlgängigen Wohnungen

Für Personen, welche eine rollstuhlgängige Wohnung benötigen, berücksichtigt das geltende Recht einen Mietzins, der jährlich bis zu 3'600 Franken höher sein kann (Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 ELG). Die vorliegende ELG-Änderung belässt dieses System beim Alten führt also weiter, dass bei Personen, die nicht dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben (zu Hause lebende Personen), für die notwendige Miete einer rollstuhlgängigen Wohnung: zusätzlich ein jährlicher Höchstbetrag von 3'600 Franken als Ausgabe anerkannt wird (Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 revELG).

CURAVIVA Schweiz und senesuisse begrüßen die Beibehaltung der Berücksichtigung von rollstuhlgängigen Wohnungen im Rahmen des ELG. Dabei muss aber ausdrücklich auf die Wohnung selbst und auf nicht die darin wohnenden Personenabgestellt werden: Auch wenn die Bewohnenden (noch) über keine Hilflosenentschädigung verfügen oder keine medizinisch Gehbeeinträchtigung nachweisen, muss gestützt auf die rollstuhlgängige Infrastruktur der Zuschlag bezahlt werden, damit entsprechende Baukosten abgedeckt werden und der Anreiz zur Miete behindertengerechter Wohnungen statt dem Heimeintritt besteht.

Auch dem geplanten Umfang des zusätzlichen Höchstbetrags von 3'600 Franken pro Jahr stimmen CURAVIVA Schweiz und senesuisse zu: Dieser Betrag reicht in der Regel für die zusätzlichen Mietzinskosten durch die Berücksichtigung der Rollstuhlzugänglichkeit einer Wohnung.

Für den Anspruch auf den Zuschlag für rollstuhlgängige Wohnungen gemäss Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 revELG muss es sich also um entsprechend gebaute Wohnungen handeln– und nicht um ärztlich nachgewiesenen Rollstuhlbedarf der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner.

Deswegen wird folgende Anpassung der Formulierung von Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 ELG beantragt:

Art. 10 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3

¹ Bei Personen, die nicht dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben (zu Hause lebende Personen), werden als Ausgaben anerkannt:

[...]

b. der Mietzins einer Wohnung und die damit zusammenhängenden Nebenkosten; wird eine Schlussabrechnung für die Nebenkosten erstellt, so ist weder eine Nach- noch eine Rückzahlung zu berücksichtigen; als jährlicher Höchstbetrag werden anerkannt:

[...]

3. bei der Miete einer Wohnung, welche rollstuhlgängig gebaut worden ist: zusätzlich 3'600 Franken.

4.7. Verzicht auf einen Mechanismus zur Überprüfung der Mietzinse durch die EL-Stellen

Die Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung der Mietzinse durch die EL-Stellen würde in Tat und Wahrheit zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die zuständigen EL-Stellen führen, ohne dass der Vorteil einer solchen Massnahme beachtlich wäre. Das bestehende System mit Bezahlung effektiver Mietzinsen und Festlegung von Maxima hat sich bewährt, es gibt keinen Grund für kompliziertere Regulierungen.

Deswegen begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse, dass die vorgelegte Revision keinen Mechanismus zur Überprüfung der Mietzinse durch die EL-Stellen vorsieht.

4.8. Verzicht auf eine Änderung des Verfahrens der Nebenkosten in den EL

Auch hier stellen CURAVIVA Schweiz und senesuisse fest, dass eine Änderung des Verfahrens der Nebenkosten in den EL zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die zuständigen EL-Stellen führen würde, ohne dass Vorteile dieser Massnahme beachtlich wären.

Deshalb begrüssen CURAVIVA Schweiz und senesuisse, dass keine Änderung des Verfahrens der Nebenkosten in den EL vorgesehen ist.

4.9. Weiterführung der bisherigen Beteiligung des Bundes an den Heimkosten

Der Bund bezahlt für jede im Heim lebende Person mit EL-Anspruch den maximalen Mietzins. Ohne weitere Massnahmen würde mit der geplanten ELG-Änderung die Beteiligung des Bundes an den Heimkosten durch die Erhöhung der Mietzinsmaxima deshalb stark zunehmen. Um dies zu vermeiden, ist im Rahmen der vorliegenden Revision vorgesehen, dass für die Ausscheidungsrechnung der Betrag des heute geltenden Mietzinsmaximums für Alleinstehende (nämlich 13'200 Franken pro JAhr) weiter verwendet wird – und nicht die erhöhten Beträge (vgl. erläuternden Bericht, S. 8 und 23).

Die Motion Nr. 11.4034 der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 13. Oktober 2011, worauf die vorliegende Gesetzänderung beruht, verlangt ausdrücklich, dass die finanziellen Auswirkungen, welche allfällige Anpassungen der Mietzinsmaxima nach sich ziehen, die Heimkostenbeteiligung des Bundes nicht tangieren.


Deswegen haben CURAVIVA Schweiz und senesuisse im Grundsatz nichts gegen die Tatsache einzuwenden, dass die vorliegende ELG-Änderung die Heimkostenbeteiligung des Bundes nicht tangiert. Es ist hier nicht Sache dieser Verbände, sich in die finanzielle Aufteilung zwischen Bund und Kantonen einzumischen. Und auch das vorgesehene System zur Bewahrung der heutigen Heimkostenbeteiligung des Bundes wird nicht beanstandet. Hier wird aber zu bedenken gegeben, dass nicht nur die Mietzinse in den letzten 13 Jahren deutlich gestiegen sind, sondern auch die Erstellungskosten für Alters-, Pflege- und Behindertenheime.

Wir danken Ihnen für die ernsthafte Prüfung und Berücksichtigung der oben aufgeführten Anliegen von CURAVIVA Schweiz und senesuisse und stehen für jeglichen sinnvollen Beitrag zur Ausarbeitung der entsprechenden Botschaft des Bundesrates gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ignazio Cassis
Präsident von CURAVIVA Schweiz



Dr. Hansueli Mösle
Direktor von CURAVIVA Schweiz

Bei Rückfragen zur vorliegenden Vernehmlassungsantwort wenden Sie sich bitte an:

Yann Golay Trechsel
Verantwortlicher Public Affairs CURAVIVA Schweiz
E-Mail: y.golay@curaviva.ch
Tel: 031 385 33 36

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, PP et PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, le 23. mai 2014

Consultation relative à l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (LPC); loyers maximaux à prendre en compte

Prise de position de CURAVIVA Suisse et de senesuisse

Mesdames, Messieurs,

L'association faîtière nationale CURAVIVA Suisse vous remercie pour l'invitation à la consultation susmentionnée.

Association au service des institutions et des employeurs de la branche, CURAVIVA Suisse défend les intérêts des homes et institutions sociales destinés aux personnes âgées, aux adultes avec handicap ainsi qu'aux enfants et adolescents ayant des besoins spécifiques. À l'association faîtière nationale CURAVIVA Suisse sont rattachés l'ensemble des cantons suisses ainsi que la principauté du Liechtenstein. Dans l'ensemble, CURAVIVA Suisse représente 2'570 institutions où vivent quelque 115'000 résidentes et résidents, et qui emploient 130'000 collaborateurs et collaboratrices.

1. Remarques préliminaires

1.1. Points de vue élaborés en commun par CURAVIVA Suisse et senesuisse

La présente prise de position a été élaborée conjointement par CURAVIVA Suisse et senesuisse, associations actives dans le domaine des homes.



Monika Dudle-Ammann
041 618 51 10
monika.dudle@aknw.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Frau Katharina Schubarth
Effingerstrasse 20
3003 Bern

1. Mai 2014

Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV betreffend anrechenbare Mietzinsmaxima

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 12. Februar 2014 haben Sie die Verbände, Parteien und interessierten Kreise dazu eingeladen, zur Revision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG) bis 21. Mai 2014 Stellung zu nehmen.

Die IV-Stellen-Konferenz (IVSK), welche die Interessen der Durchführungsorgane der Invalidenversicherung (IV) vertritt, bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Da die Vorlage aber keine direkten Auswirkungen auf die Durchführung der IV hat, **verzichten wir auf eine Stellungnahme.**

Freundliche Grüsse

IV-Stellen-Konferenz (IVSK)
Ressort Rahmenbedingungen

Jean-Philippe Ruegger
Präsident

Monika Dudle-Ammann
Vize-Präsidentin

Kopie Mitglieder IVSK

1.2. Portée restreinte de la présente modification de la LPC dans le domaine des homes

Le présent avant-projet de modification de la LPC concerne les homes et les institutions sociales dans la mesure où les conditions suivantes sont réunies de cas en cas :

- les résidentes et les résidents concernés perçoivent des prestations complémentaires (PC); et :
- les résidentes et les résidents concernés vivent dans des unités de logements encadrées de homes, dès lors que le canton en question désigne de telles unités comme faisant partie d'un home – et non comme des logements privés (cf. art. 10 al. 1 lettre b LPC en relation avec l'art. 25a al. 1 OPC);

ou bien l'organe AI compétent a classé une personne assurée dans le cadre de l'octroi d'une allocation pour impotent en tant que résident de home au sens de l'article 42^{ter} alinéa 2 LAI (cf. art. 10 al. 1 let. b LPC en relation avec l'art. 25a al. 2 OPC).

Bien que l'augmentation des loyers maximaux ne concerne pas directement les homes au sens restreint du terme, les réflexions et les implications fondamentales intéressent fortement la collectivité. Les loyers maximaux sont une part du financement destiné au logement, à l'encadrement et aux soins des personnes âgées et handicapées.

1.3. «Logement encadré» comme alternative judicieuse au séjour en home

Dans l'ensemble, le logement spécifique pour les personnes dépendantes (c'est-à-dire un logement permettant de recourir à des offres d'assistance spécifique) représente une forme d'habitat moins onéreuse. Elle implique de manière moins lourde les prestataires de soins, les institutions et les organismes de financement.

Le logement encadré constitue ainsi une forme intermédiaire significative de soins et d'accompagnement des personnes âgées et des personnes avec handicap.

Le logement encadré et les séjours dans des EMS et autres homes spécialisés revêtent néanmoins un caractère spécifique qui empêche qu'on traite de la même façon et qu'on confonde les deux formes d'habitat et d'encadrement.

Le logement encadré de personnes âgées et de personnes avec handicap peut cependant représenter une alternative judicieuse à des séjours en institutions, s'il est dans chaque cas supportable par les personnes concernées sur le plan financier.

Par conséquent, une proposition d'amélioration, permettant d'obtenir une vue d'ensemble plus large, est soumise ici (voir ci-dessous 4.2 - 4.3): la présente adaptation ne doit pas seulement améliorer le «maintien à domicile», elle doit également soutenir des offres pertinentes destinées au logement encadré.

Il est ainsi possible de créer une offre optimale pour les personnes âgées et les personnes avec handicap actuellement contraintes de déménager dans un home – ce qui pèse fortement sur les prestations complémentaires.

CURAVIVA Suisse et senesuisse appellent donc à prendre en compte la demande présentée aux points 4.2 et 4.3, afin que le logement encadré pour les personnes âgées et pour les personnes avec handicap puisse à l'avenir être plus convivial et moins coûteux pour les personnes nécessitant l'octroi de PC – à l'avantage de toutes les personnes concernées, de leurs familles et des caisses de l'État.

2. Actuelles prestations complémentaires pour les loyers

En 2012, parmi les personnes vivant à domicile, 109 141 ont perçu des PC à l'AVS et 73 548 des PC à l'AI (voir (cf. page 9 du rapport explicatif de l'Office fédéral des assurances sociales sur le projet de modification de la LPC, ci-après: «rapport explicatif»).

Le loyer exigé pour les personnes vivant à domicile est l'une des principales dépenses des PC. Il n'est pas inclus dans le montant forfaitaire destiné à la couverture des besoins vitaux, mais considéré séparément. Concernant le montant à prendre en compte pour établir les PC, il s'agit du montant de loyer effectif, jusqu'à concurrence du montant maximal reconnu par la loi. La législation actuelle prévoit deux plafonds en matière de loyer, l'un pour les personnes seules de 1'100 francs par mois, l'autre pour les couples et les familles de 1 250 francs par mois (soit respectivement 13'200 Fr. et 15 000 Fr. par an, conformément à l'article 10 alinéa 1. lettre b chiffres 1 et 2 LPC). Pour les personnes nécessitant un appartement permettant la circulation d'un fauteuil roulant, un supplément de 300 francs maximum par mois peut être pris en compte pour le loyer (art. 10 al. 1. let. b ch. 3 LPC).

Les frais accessoires ne sont pris en compte que pour le montant prévu à cet effet par le contrat de bail, dans les limites des montants maximaux prévus pour les loyers. Les montants maximaux sont donc exprimés en loyers bruts. En cas de présentation d'un décompte final des frais accessoires, ni demande de restitution ni paiement rétroactif ne peuvent être pris en considération (art. 10 al. 1. let. b LPC).

Lorsque plusieurs personnes font ménage commun, un partage du loyer est opéré pour calculer le montant effectif à prendre en compte (art. 16c OPC). Le loyer (frais accessoires compris) est alors réparti à parts égales entre les différentes personnes. Le calcul des PC tient compte de la part effective de loyer du bénéficiaire de PC jusqu'à concurrence du montant maximal.

Les montants maximaux ont pour la dernière fois été augmentés par le Conseil fédéral en 2001, ce qui relève de sa compétence conformément à l'article 19 LPC.

Si les montants maximaux de loyer sont relevés, ce sont d'une part les dépenses PC pour les personnes vivant à domicile qui augmenteront (PC périodiques), et ce relèvement agira d'autre part – en vertu du droit en vigueur – sur la participation de la Confédération aux frais de séjour dans un home. En effet, pour les personnes vivant dans un home ou à l'hôpital, la Confédération prend à sa charge 5/8^{èmes} des prestations complémentaires annuelles, dont le loyer fait partie. Pour définir cette part, il est procédé à un calcul de PC pour chaque bénéficiaire de PC vivant dans un home comme s'il vivait à domicile, en tenant compte dans chaque cas du montant maximal de loyer.

Un relèvement du plafond de loyer a donc pour conséquence un relèvement de la part fédérale aux frais de séjour dans un home. Pour chaque personne nécessiteuse vivant dans un home, la Confédération devrait verser aux cantons 5/8^{èmes} des nouveaux loyers maximaux. Il en va autrement pour les bénéficiaires de PC vivant à domicile: en effet comme c'est le loyer effectif

qui est alors pris en compte (jusqu'à concurrence du montant maximal), dans ces cas profiteront du relèvement seules les personnes dont le loyer est aujourd'hui déjà égal ou supérieur au montant maximal de loyer, et induiront de la sorte des coûts supplémentaires. Cela correspond actuellement à près de 28 pour cent des cas.

3. Prises de position et commentaires sur les dispositions individuelles

3.1. Aperçu des modifications prévues

La proposition du Conseil fédéral vise principalement à augmenter les montants maximaux des loyers pris en compte dans le calcul du droit à des PC.

Outre ce relèvement, le Conseil fédéral prévoit les mesures suivantes:

- prise en considération des différentes charges du loyer entre grands centres, ville et campagne;
- prise en considération des couples non mariés et des communautés d'habitation;
- prise en considération des logements accessibles en fauteuil roulant.

D'après le Conseil fédéral, l'adaptation des montants maximaux pour les loyers à prendre en compte doit être conçue de façon à ne pas affecter la participation fédérale aux frais de séjour dans un home (cf. rapport explicatif, pp. 24-25 et 29).

Selon le rapport explicatif, la modification entraîne des coûts supplémentaires de 76 millions de francs par an au total, dont la Confédération supporte 47 millions de francs et les cantons 29 millions (cf. p. 28).

Dans la présente modification de la LPC, les mesures et ajustements suivants ne sont pas prévus:

- modification de la méthode des frais accessoires dans les PC;
- renforcement des allocations logement de la Confédération;
- contrôle des loyers par les organes d'exécution compétents en matière de PC.

3.2. Teneur des dispositions révisées de la LPC

3.2.1. Art. 10 al. 1 lettre b, 1^{bis} et 1^{ter} LPC

Art. 10 al. 1 lettre b, 1^{bis} et 1^{ter} (nouveau)

¹ Pour les personnes qui ne vivent pas en permanence ni pour une longue période dans un home ou dans un hôpital (personnes vivant à domicile), les dépenses reconnues comprennent:

[...]

b. le loyer d'un appartement et les frais accessoires relatifs; en cas de présentation d'un décompte final des frais accessoires ni demande de restitution, ni paiement rétroactif ne peuvent être pris en considération; le montant annuel maximal reconnu est de:

1. pour une personne vivant seule: 16'140 francs dans un grand centre, 15'480 francs en ville et 14'400 francs à la campagne,
2. pour plusieurs personnes faisant ménage commun:
 - pour la deuxième personne: un supplément de 2'760 francs dans un grand centre, de 2'700 francs dans une ville et de 3'000 francs à la campagne,
 - pour la troisième personne: un supplément de 2'400 francs dans un grand centre, de 1'500 francs dans une ville et de 1'800 francs à la campagne,
 - pour la quatrième personne: un supplément de 1'800 francs supplémentaires dans un grand centre, de 1'500 francs dans une ville et de 1'200 francs à la campagne,
 - pour toute personne en plus, aucun supplément n'est pris en compte.
3. si la location d'un logement accessible aux fauteuils roulants est nécessaire: 3'600 francs supplémentaires.

^{Ibis} Si plusieurs personnes font ménage commun, le montant maximal des frais de loyer doit être calculé individuellement, au sens de l'art. 9, al. 2, et en tenant compte de la taille du ménage, pour chaque ayant droit ou chaque personne prise en compte dans le calcul.

^{I^{ter}} Pour le calcul des frais de loyers reconnus, le Conseil fédéral répartit les communes en trois régions (grands centres, villes et campagne) sur la base des niveaux géographiques de l'Office fédéral de la statistique.

3.2.2. Art. 13 al. 2 LPC

Art. 13 al. 2

Pour les personnes vivant dans un home ou un hôpital, la Confédération prend à sa charge cinq huitièmes des prestations complémentaires annuelles, si les montants destinés à la couverture des besoins vitaux au sens de l'art. 10, al. 1, let. a, ch. 1, le loyer annuel maximal au sens de l'art. 10, al. 1, let. b, ch. 1, et les dépenses reconnues au sens de l'art. 10, al. 3, ne sont pas couverts par les revenus déterminants; les revenus en rapport direct avec le séjour en home ou à l'hôpital ne sont pas pris en compte. Le solde est à la charge des cantons.

4. Évaluation par CURAVIVA Suisse et senesuisse des modifications prévues

4.1. Brève évaluation des modifications proposées de la LPC

Du point de vue de CURAVIVA Suisse et de senesuisse, les explications contenues dans le rapport explicatif sont correctes et fondées. Les deux associations font cependant observer que ces montants maximaux de loyer sont tout à fait insuffisants pour financer des immeubles optimaux avec des formes d'habitat appropriées aux personnes âgées et/ou handicapées.

Si une admission en maison de retraite ou en EMS est inéluctable, des logements accessibles aux fauteuils roulants avec des offres de soins combinées doivent être proposés. Ces offres sont très demandées, mais ne peuvent actuellement pas être couvertes par des prestations complémentaires. Des loyers minimaux compris entre 2'000 et 2'500 francs par mois sont requis pour pouvoir réaliser les investissements nécessaires dans des offres de logement encadré pour les personnes âgées ou avec handicap. Bien que ces montants semblent relativement élevés, ces dépenses permettent d'économiser jusqu'à 50 pour cent des frais de PC, comparés aux frais de séjour moyens en home.

A cela près, CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent les modifications présentées. Bien qu'elles agissent en tant qu'associations de homes et d'EMS, CURAVIVA Suisse et senesuisse sont soucieuses du fait que ces infrastructures aménagées pour la démence et les besoins en soins élevés ne soient pas utilisées par le plus grand nombre de personnes possibles. L'intérêt général réside davantage en des services efficaces et axés sur les besoins. Par conséquent, CURAVIVA Suisse et senesuisse soutiennent les efforts entrepris afin que pas plus d'un tiers (comme aujourd'hui) des places en maisons de retraite, homes et structures pour handicapés soient utilisées par des personnes requérant des soins de moins de 60 minutes par jour: ces personnes nécessitent des formes d'habitat appropriées avec une offre de soins complémentaires, un encadrement et de la restauration, devant pouvoir être financées par les prestations complémentaires.

En bref, CURAVIVA Suisse et senesuisse prennent la position suivante sur les différents aspects de la présente modification proposée à la LPC:

- CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent sur son principe la proposition de relèvement des montants maximaux des loyers qui devraient entrer à l'avenir dans le calcul du droit aux PC selon le présent avant-projet de modification de la LPC.

Toutefois, l'étendue prévue de ce relèvement du plafond de loyer est insuffisante pour des logements encadrés pour les personnes âgées ou handicapées adaptés aux résidents. Des compléments supplémentaires doivent être octroyés afin non seulement que surviennent des dépenses supplémentaires, mais également que les services d'habitat avec encadrement bénéficient d'un attrait accru en comparaison des admissions en homes. A cette fin, CURAVIVA Suisse et senesuisse ont élaboré une proposition complémentaire (cf. ci-dessous 4.2 - 4.3).

- CURAVIVA Suisse et senesuisse demandent qu'une définition uniforme dans toute la Suisse de la notion de «logement encadré pour les personnes âgées», respectivement «avec handicap» soit inscrite dans la LPC.
- CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent la prise en considération envisagée des différents frais accessoires de loyer entre grands centres, ville et campagne – ainsi que la manière prévue d'y procéder.
- CURAVIVA Suisse et senesuisse accueillent favorablement la considération plus réaliste de la situation financière des couples non mariés et des communautés d'habitation.
- CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent le maintien de la prise en compte des logements accessibles en fauteuil roulant ainsi que son étendue. Dans ce contexte, il convient cependant de se référer expressément au logement lui-même, et non aux personnes qui y vivent: même si les résidents ne disposent pas (encore) d'une allocation pour impotent ou ne peuvent pas justifier d'une altération de leur capacités de marcher, le supplément doit être payé en se basant sur l'infrastructure accessible en fauteuil roulant, cela afin que les frais supplémentaires pour la construction d'un logement sans obstacle soient également couverts dans le cas de personnes atteintes de démence ou d'autres troubles.

- CURAVIVA Suisse et senesuisse se réjouissent qu'aucun mécanisme dispendieux destiné au contrôle des loyers par les organes d'exécution compétents en matière de PC ne soit prévu par le présent avant-projet.
- CURAVIVA Suisse et senesuisse accueillent également favorablement l'absence de changement prévu dans la procédure des frais accessoires dans les PC.
- CURAVIVA Suisse et senesuisse ne prennent pas position s'agissant de la suppression d'une augmentation des aides au logement de la Confédération. Il faut cependant garder à l'esprit que non seulement les loyers, mais aussi les coûts de construction des maisons de retraite, EMS et institutions pour personnes handicapées ont augmenté de manière significative ces treize dernières années.

4.2. Augmentation des montants maximaux pour les loyers devant être inclus dans le calcul du droit à des PC

4.2.1. Contenu

Proposition de formulation d'un nouvel article 10 alinéa 1 lettre a chiffre 4 et article 10 alinéa 1 lettre b chiffre 4 LPC:

Art. 10 al. 1 let. a ch. 4 LPC (nouveau)

4. Les évaluations des chiffres 1 à 3 pour les besoins vitaux augmentent de 50 pour cent, dès lors que les bénéficiaires vivent dans une forme d'habitat adaptée aux personnes âgées ou handicapées.

Art. 10 al.1 let. b ch. 4 LPC (nouveau)

4. Les évaluations des chiffres 1 à 3 pour les frais accessoires et de location augmentent de 50 pour cent, dès lors que les bénéficiaires vivent dans une forme d'habitat adaptée aux personnes âgées ou handicapées.

4.2.2. Motivation

Le Conseil fédéral a relevé pour la dernière fois en 2001 les loyers maximaux au sens de la LPC, et cela de 1'200 francs par an– dans la même mesure pour les personnes seules et les couples. Ainsi, ils s'élèvent aujourd'hui à 13'200 francs par an pour les personnes seules et à 15'000 francs pour les couples (art. 10, al. 1 let. b ch. 1 et 2 LPC).

Pendant les dix années suivantes, les loyers en Suisse ont toutefois augmenté de 18 pour cent en moyenne. En 2010, le loyer maximum à prendre en compte n'était plus suffisant que pour 40 à 75 pour cent des personnes ayant droit à des PC.

CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent donc dans son principe l'actualisation et l'augmentation des loyers maximaux afin qu'ils correspondent mieux à la situation actuelle du marché locatif.

Le présent avant-projet de modification de la LPC prévoit les relèvements suivants des montants annuels maximaux pour les loyers: à 16'140 francs (1'345 francs par mois) pour une

personne vivant seule dans un grand centre; à 15'480 francs (1'290 francs par mois) pour une personne vivant seule dans une ville; à 14'400 francs (1'200 francs par mois) pour une personne vivant seule à la campagne (cf. art. 10 al. 1. let. b. ch. 1 révLPC).

CURAVIVA Suisse et senesuisse considèrent néanmoins qu'une telle augmentation est insuffisante pour créer des offres optimales en faveur de personnes à capacités réduites. Même avec les montants maximaux de loyer ainsi prévus, un habitat décent pour les personnes âgées ou handicapées dans un logement encadré n'est en vérité souvent pas finançable. Cela risque de pérenniser l'état actuel des choses, à savoir que même les personnes ayant des handicaps limités doivent être admises en home car les loyers maximaux PC ne sont pas suffisants en regard des offres destinées à ces besoins. Les montants sont ainsi choisis «de telle sorte que l'on obtienne dans la mesure du possible, pour chaque catégorie (région et taille du ménage), une couverture uniforme *de 90 pour cent*» (rapport explicatif, p. 22).

La même appréciation vaut pour l'augmentation prévue des plafonds des montants supplémentaires de loyers lorsque plusieurs personnes font ménage commun (cf. art. 10 al. 1 let. b ch. 2 en relation avec art. 10 al 1^{bis} révLPC)

4.3. Définition nationale du «logement encadré pour les personnes âgées» ou «logement encadré pour les personnes handicapées»

Le logement encadré constitue une forme intermédiaire significative de soins et d'accompagnement des personnes âgées et des personnes avec handicap.

Le logement encadré de personnes âgées et de personnes avec handicap peut cependant représenter une alternative judicieuse à des séjours en institutions, s'il est dans chaque cas financièrement supportable par les personnes concernées.

C'est pourquoi le relèvement prévu des loyers maximaux est accueilli favorablement par CURAVIVA Suisse et senesuisse, sous réserve que l'accessibilité financière des offres convenables de logement encadré soit rendue possible par des prestations complémentaires.

Pour des raisons importantes de cohérence et de congruence, senesuisse et CURAVIVA Suisse et senesuisse demandent qu'une définition uniforme de la notion de logement encadré pour les personnes âgées, respectivement pour les personnes avec handicap soit inscrite dans la LPC.

4.3.1. Contenu

Proposition de formulation d'un nouvel article 9 alinéa 5 lettre i LPC:

Art. 9 al. 5 let. i (nouveau)

Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur:

[...]

- i. la définition du logement encadré; seront considérés comme des formes d'habitat adaptées aux personnes âgées ou handicapées toute offre de logement encadré pour les personnes âgées ou pour les personnes avec handicap, qui garantit les services suivants de manière cumulative:
 - constructions adaptées aux personnes avec handicap;

- service d'urgence 24 heures sur 24 disposant d'un personnel qualifié et d'un délai d'intervention maximal de 15 minutes;
- service de soins intégré avec possibilité d'être admis à tout moment dans un unité de soins stationnaires.

Pour bénéficier d'un logement encadré pour les personnes âgées ou pour les personnes avec handicap, il n'est pas nécessaire que la personne concernée perçoive une allocation pour impotent de l'AVS ou de l'AI.

4.3.2. Motivation

Le logement encadré est la solution optimale pour l'habitation, l'encadrement et l'octroi de soins à des personnes âgées ou à des personnes avec handicap. D'une part, les résidentes et résidents de tels habitats peuvent rester très longtemps dans leur environnement familial et sécurisé. D'autre part, pareil lieu de résidence est beaucoup moins coûteux que les deux alternatives possibles (séjour en home ou services d'aide et de soins à domicile engendrant des coûts de déplacement élevés). Les cantons sont également d'accord sur le fait qu'il devrait y avoir beaucoup plus d'immeubles avec plusieurs logements et un service de soins intégré. La demande est nettement supérieure à l'offre.

D'après une étude récente de l'Université de Bâle (SHURP, 2013), plus de 30 pour cent des personnes vivant en home ou en EMS sont classées dans les niveaux de soins bas 1-3 (sur 12). Il devrait y avoir de meilleures solutions pour elles que le séjour dans un home. Un logement encadré avec services incarne cette solution optimale, qui répond largement aux besoins de la population âgée ou handicapée, et qui épargne des places de soins. Ces logements adaptés aux personnes âgées ou handicapées permettent le maintien de la mobilité et des contacts sociaux réguliers ainsi qu'une meilleure garantie d'octroi des prestations de soins nécessaires que sur le lieu de résidence d'origine. En cas de besoins croissants en soins, les résidents ne doivent pas quitter leur appartement accessible en fauteuil roulant et peuvent être pris en charge par le personnel soignant déjà sur place. Un service d'urgence 24h sur 24 avec faculté d'intervention immédiate garantit la meilleure sécurité possible à la fois pour les personnes concernées et pour leurs proches.

Un logement encadré avec services constitue non seulement la solution optimale, mais aussi la moins onéreuse. Tandis que le séjour en maison de retraite, en EMS et en institution pour personnes avec handicap coûte actuellement environ 160 à 200 francs par jour (hors frais de soins) en matière de prestations complémentaires, l'habitat adapté aux personnes âgées ou handicapées est déjà finançable pour moins de 100 francs par jour. C'est également plus bas que le coût d'une heure de prestations de services d'aide et de soins à domicile (temps de déplacement inclus), qui s'élève à environ 110 francs par jour d'après les statistiques de l'Association suisse des services d'aide et de soins à domicile. La centralisation de plusieurs logements en un endroit permet de réaliser des économies supplémentaires en termes de frais de soins. En effet, outre la suppression des déplacements et par opposition aux services d'aide et de soins à domicile externes, les activités les plus simples peuvent être réalisées par du personnel de soins moins qualifié. Ainsi, le manque de personnel soignant de niveau tertiaire est également amoindri.

Dans ce contexte, les prestations suivantes doivent être assurées pour justifier la limitation du montant majoré:

- constructions adaptées aux personnes avec handicap;
- service d'urgence 24h sur 24 disposant d'un personnel qualifié et d'un délai d'intervention maximal de 15 minutes;
- service de soins intégré avec possibilité d'être admis à tout moment dans une unité de soins stationnaires.

L'ancienne réglementation du canton de Berne (qui s'est avérée très efficace jusqu'à fin 2012, mais qui était limitée en raison de l'harmonisation de la législation nationale) sert de modèle. Celle-ci prévoyait pareille solution avantageuse et facile à mettre en œuvre avec des forfaits proportionnés de 115 francs par jour pour les bénéficiaires de PC (cf. art. 34 LiLPC, RSB 841.311).

Les personnes, qui doivent bénéficier de ces offres avec logement encadré pour les personnes âgées ou handicapées, sont celles qui présentent un besoin de soins et/ou d'encadrement, mais qui ne veulent ou ne doivent pas prétendre à une place dans un home. Par conséquent, il est nécessaire d'établir un critère d'admission qui soit indépendant de l'octroi d'une allocation pour impotent de l'AVS ou de l'AI.

Cette précision importante doit être introduite dans la loi. Pour cela, le complément demandé à l'article 9 alinéa 5 lettre i LPC semble constituer la solution la mieux adaptée.

4.4. Prise en considération des différentes charges du loyer entre grands centres, ville et campagne

Sur son principe, CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent les modifications proposées à l'article 10 alinéa 1^{er} révLPC. La distinction des charges de loyer entre grands centres, ville et campagne sur la base de la typologie et de la structure spatiale de l'OFS est utile. Elle prend en compte des critères tels que l'emploi, le bâti, la richesse, le tourisme, la structure de la population et les fonctions centrales.

De plus, CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent le fait que la mise en œuvre juridique de cette intervienne par voie d'ordonnance du Conseil fédéral, sur la base de la structure territoriale de l'OFS.

Selon CURAVIVA Suisse et senesuisse, les exigences requises pour une norme de délégation concernant la densité de la norme sont en l'occurrence respectées.

En outre, la renonciation à des distinctions supplémentaires est saluée car il s'agit de ne pas compliquer inutilement le système.

La solution proposée reposant sur trois régions pour les loyers maximaux PC (grands centres, villes, campagne) et la méthode de classification régionale prévue à cet effet pour les loyers maximaux PC de chaque commune n'est pas contestée par CURAVIVA Suisse et senesuisse.

CURAVIVA Suisse et senesuisse ne remettent également pas en cause la renonciation à une distinction entre le loyer maximal après la répartition des primes d'assurance-maladie, considérée comme congruente également car l'utilisation de cette classification appellerait un ajustement régulier de ces critères qui ne sont pas entièrement uniformes – dans un système en constante évolution.

4.5. Prise en compte de la situation financière des couples non mariés et des communautés d'habitation

Selon le rapport explicatif, au cours de l'année 2012, la limite maximale de loyer pour un ménage de trois personnes suffisait à couvrir les besoins dans un peu moins de 60 pour cent des cas, tandis que ce taux de couverture était inférieur à 50 pour cent pour une famille de quatre personnes, et d'environ 40 pour cent pour un ménage de cinq personnes (cf. rapport explicatif, pp. 9-10).

L'augmentation du nombre des jeunes rentiers AI, et par conséquent des jeunes bénéficiaires de PC, a entraîné ces dernières années à un nombre toujours plus élevé de familles bénéficiaires de PC (cf. rapport explicatif, p. 22).

Par conséquent, CURAVIVA Suisse et senesuisse se félicitent que la présente modification de la LPC souhaite tenir compte de cette situation en fixant le loyer maximal selon la taille du ménage – la situation des familles sera dès lors mieux prise en compte dans les PC.

CURAVIVA Suisse et senesuisse peuvent s'accorder sur le principe du plafond tenant compte de la taille du ménage en intégrant des montants supplémentaires uniquement jusqu'à la quatrième personne (incluse) car ce système devrait satisfaire aux besoins réels: Bien qu'aucune donnée plus précise n'existe sur les plus grands ménages, on peut partir du principe que la limitation prévue serait pertinente pour quelques ménages seulement.

En outre, d'après CURAVIVA Suisse et senesuisse, le fait que la modification de la LPC proposée détermine des loyers maximaux pour chaque personne et ne les lie plus à l'état civil, correspond à une meilleure prise en considération des rapports sociaux actuels ainsi qu'à un traitement plus équitable des couples mariés vis-à-vis des bénéficiaires de PC vivant seuls ou dans des communautés de vie comparable au mariage (concubinage), faisant ménage commun avec d'autres personnes le cas échéant elles-mêmes au bénéfice de PC. Le nombre de personnes dans le ménage est pris en compte à juste titre et raisonnablement avec la réglementation prévue du partage du loyer effectif opéré dans les ménages de plusieurs personnes, respectivement avec la répartition de loyer souvent déjà opérée dans la pratique en fonction du nombre de personnes présentes dans le ménage.

Au montant de base équivalant au montant maximal pour une personne seule, un supplément doit être ajouté pour la deuxième, troisième et quatrième personne (cf. rapport explicatif, p. 23). CURAVIVA Suisse et senesuisse n'ont également aucune objection à formuler contre ce projet de méthode de calcul.

4.6. Prise en considération des logements accessibles en fauteuil roulant

Pour les personnes ayant besoin d'un appartement permettant la circulation d'un fauteuil roulant, la loi actuellement en vigueur tient compte d'un loyer pouvant être majoré de 3'600 francs maximum supplémentaires par an (art. 10 al. 1 let. b ch. 3 LPC). La présente révision de la LPC s'en tient à ce système et maintient la condition que, pour les personnes qui ne vivent pas en permanence ou pendant de longues périodes dans un home ou à l'hôpital (personnes vivant à domicile), un supplément annuel d'un montant maximum de 3'600 francs soit reconnu

comme dépense (art. 10 al. 1 let. b ch. 3 révLPC) pour le loyer nécessaire à un logement permettant la circulation d'un fauteuil roulant.

CURAVIVA Suisse et senesuisse saluent le maintien de la prise en compte des logements permettant la circulation d'un fauteuil roulant dans le cadre de la LPC. Cependant, dans ce contexte, il convient de se référer expressément à l'appartement lui-même, et non aux personnes qui y vivent: même si les résidents ne bénéficient pas (encore) d'une allocation pour impotent ou ne peuvent pas justifier d'une altération de la marche, le supplément doit être payé en se basant sur l'infrastructure accessible au fauteuil roulant, cela afin que les frais de construction correspondants soient également couverts et que la location de logements adaptés aux personnes handicapées restent attrayante par rapport à l'admission dans un home.

CURAVIVA Suisse et senesuisse approuvent également le montant maximal prévu du supplément de 3'600 francs par an: Ce montant suffit en général à prendre en compte les frais de location supplémentaires liés à l'accessibilité en fauteuil roulant d'un logement.

Pour avoir droit au supplément destiné aux logements accessibles en fauteuil roulant conformément à l'article 10 alinéa 1 lettre b chiffre 3 révLPC, il importe donc de se référer aux logements construits à cet effet – et non au besoin de fauteuil roulant attesté des résidents concernés.

Par conséquent, l'adaptation suivante de la formulation de l'article 10 alinéa 1 lettre b chiffre 3 révLPC est demandée:

Art. 10 al. 1 lettre b chiffre 3

¹ Pour les personnes qui ne vivent pas en permanence ni pour une longue période dans un home ou dans un hôpital (personnes vivant à domicile), les dépenses reconnues comprennent:

[...]

b. le loyer d'un appartement et les frais accessoires relatifs; en cas de présentation d'un décompte final des frais accessoires, ni demande de restitution ni paiement rétroactif ne peuvent être pris en considération; le montant annuel maximal reconnu est de:

[...]

3. en cas de location d'un logement accessible aux fauteuils roulants, 3'600 francs supplémentaires sont octroyés.

4.7. Renonciation à un mécanisme de contrôle des loyers par les organes d'exécution compétents en matière de PC

L'introduction d'un mécanisme de contrôle des loyers par les organes d'exécution compétents en matière de PC entraînerait une charge administrative supplémentaire considérable pour ceux-ci sans que l'avantage d'une telle mesure ne soit significatif. Le système actuel avec paiement des loyers effectifs et fixation d'un plafond s'est avéré efficace, et il n'y a aucune raison de procéder à des régulations compliquées.

Par conséquent, CURAVIVA Suisse et senesuisse se réjouissent que la présente révision ne prévoie aucun mécanisme de contrôle des loyers par les organes d'exécution compétents en matière de PC.

4.8. Renonciation à une modification de la méthode relative aux frais accessoires dans les PC

Ici aussi, CURAVIVA Suisse et senesuisse constatent qu'une modification de la méthode relative aux frais accessoires dans les PC entraînerait une lourde charge administrative pour les organes d'exécution compétents en matière de PC sans que l'avantage d'une telle mesure soit significatif.

CURAVIVA Suisse et senesuisse accueillent donc également favorablement l'absence de modification de la méthode des frais accessoires dans les PC.

4.9. Poursuite de la participation de la Confédération aux frais de séjour dans un home

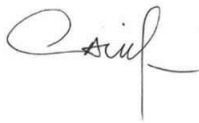
La Confédération verse le loyer maximal pour chaque personne vivant en home avec droit aux PC. Avec la modification de la LPC ici prévue, sans nouvelles mesures complémentaires, la participation de la Confédération aux frais de séjour dans un home serait fortement augmentée par un relèvement des loyers maximaux. Pour éviter cela, il est prévu dans le cadre de la présente révision que le calcul distinctif appelé à être effectué continue de prendre en compte, au chapitre du loyer, le montant maximal actuellement en vigueur pour les personnes seules (soit 13'200 francs par an), et non le montant de loyer majoré (cf. rapport explicatif, pp. 8 et 24-25).

La motion n° 11.4034 de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national du 13 octobre 2011, sur laquelle repose la présente modification de loi, exige explicitement que les impacts financiers entraînés par tous les ajustements des loyers maximaux n'aient pas d'incidence sur la participation de la Confédération aux frais de séjour dans un home.

Par conséquent, CURAVIVA Suisse et senesuisse n'ont pas d'objection à formuler à l'encontre du fait que la présente modification de la LPC n'affecte pas la participation de la Confédération aux frais de séjour dans un home. Ce n'est ici pas l'affaire de ces associations de se mêler de la répartition financière entre la Confédération et les cantons. De plus, le système prévu pour préserver la participation actuelle de la Confédération aux frais de séjour dans un home n'est pas contesté. À cet endroit, il est néanmoins rappelé qu'au cours des 13 dernières années, non seulement les loyers ont augmenté de manière significative, mais aussi les coûts de construction des maisons de retraite, EMS et institutions pour personnes avec handicap.

D'avance, nous vous remercions de votre examen scrupuleux et de votre prise en compte des observations et des demandes ici formulées par CURAVIVA Suisse et par senesuisse, et nous tenons volontiers à votre disposition pour contribuer utilement à l'élaboration du Message correspondant du Conseil fédéral.

Veillez croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre parfaite considération.



Dr Ignazio Cassis
Président de CURAVIVA Suisse



Dr Hansueli Mösle
Directeur de CURAVIVA Suisse

Pour toute question relative à la présente prise de position, veuillez vous adresser à :

Yann Golay Trechsel
Responsable Public Affairs CURAVIVA Suisse
E-mail: y.golay@curaviva.ch
Tél.: 031 385 33 36

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 20. Mai 2014

Reg: rdo-2.121.36

Vernehmlassung Änderung des ELG: anrechenbare Mietzinsmaxima – Stellungnahme SODK unter Berücksichtigung der Anliegen des Vorstands FDK

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des ELG betreffend die anrechenbaren Mietzinsmaxima. In einem ersten Abschnitt möchten wir einige allgemeine Bemerkungen zum vorliegenden Entwurf der Änderung des ELG anbringen. Im zweiten Teil unserer Stellungnahme finden Sie sodann unsere Anpassungsanträge zu zwei Punkten der Vorlage.

Allgemeine Bemerkungen zur Änderung des ELG

Die SODK stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. So teilt sie die Einschätzungen zu den Grundzügen der Vorlage und begrüsst die regionale Einteilung für die Mietzinsmaxima

Der Bundesrat hat die anrechenbaren Mietzinskosten letztmals im Jahr 2001 angepasst. Die Finanzierungslücke durch die mittlerweile gestiegenen Mieten müssen von den Kantonen und teilweise den Gemeinden getragen werden. Die faktisch fixen Ansätze im ELG haben zu einer schleichenden und zunehmenden Verlagerung der Kosten in die Sozialhilfe geführt oder haben kantonale Zusatzleistungen zu den EL notwendig gemacht. Die SODK beantragt deshalb, dass der Bundesrat die Mietansätze periodisch an die wirtschaftliche Lage anpasst, um diese Tendenz zu verhindern und um seiner Mitfinanzierungspflicht bei den EL nachzukommen. Dieses Anliegen wird auch vom Vorstand der FDK unterstützt.

Bemerkungen zu einzelnen zentralen Punkten

Bei den folgenden beiden Punkten beantragt die SODK eine Anpassung der Vorlage:

- Neue Grundbeträge bei den Mietzinsmaxima

Die Festsetzung der Mietzinsmaxima aufgrund der Haushaltsgrösse wird begrüsst. Allerdings sind die vorgeschlagenen (Grund)Beträge für alleinstehende Personen zu hoch angesetzt (je nach Region zwischen SFr. 1200.- und SFr. 1345.-, bisher waren es einheitlich SFr. 1100.-). Damit würde der bereits bestehende Unterschied zwischen den EL und der Sozialhilfe noch vergrössert (im Kanton Basel-Stadt beträgt die Nettomiete in der Sozialhilfe für eine Person SFr. 700.-). Mit der Festsetzung der übrigen Beträge ist die SODK einverstanden.

Aufgrund der unterschiedlichen Mietzinsbelastungen in den Kantonen und den zum Teil beträchtlichen Unterschieden zwischen einzelnen Regionen fordert die SODK, dass die Möglichkeit geschaffen wird, die Mietzinsmaxima in kantonaler Kompetenz bei Bedarf zu senken bzw. tiefer anzusetzen. Dabei wäre auf eine möglichst einfache Ausgestaltung dieser neuen Kompetenz zu achten, um eine Variantenvielfalt von Kanton zu Kanton zu vermeiden.

- *Beteiligung des Bundes an den Heimkosten*

Im Wissen darum, dass die der Vorlage des Bundesrates zugrunde liegende Motion der SGK-NR keine Erhöhung der Kosten für den Bund bei Heimpersonen fordert, können sich die Kantone der präsentierten Lösung trotzdem nicht anschliessen. Mit der vorgeschlagenen Beibehaltung der bisherigen Mietzinsmaxima für Personen, welche im Heim leben, werden Grundsätze der NFA umgangen, was die Kantone nicht akzeptieren können.

Die SODK und der Vorstand FDK lehnen eine Ungleichbehandlung bei der Berechnung des Bundesanteils für Heimpersonen ab und beantragen den Verzicht der Anpassung von Art. 13 Abs. 2 ELG.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**

Der Präsident



Peter Gomm
Landammann

Die Generalsekretärin



Margrith Hanselmann

Kopie per Email an

- Kantonale Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
- Generalsekretariate FDK und GDK
- Herrn Jürg Brechbühl, Direktor BSV
- Herrn Michael Brändle, persönlicher Mitarbeiter des Vorstehers EDI

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, le 20 mai 2014

Reg: rdo-2.121.36

Consultation sur la modification de la LPC: adaptation des montants maximaux en matière de loyer – Prise de position de la CDAS incluant les propositions du comité de la CDF

Mesdames, Messieurs

Nous vous remercions sincèrement de nous donner l'occasion de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative aux montants de loyer maximaux à comptabiliser. La présente prise de position contient quelques remarques d'ordre général sur le projet de modification de la LPC, suivies de nos propositions d'adaptation sur deux points du projet.

Remarques d'ordre général sur la modification de la LPC

La CDAS est en principe favorable au projet. Elle partage notamment ses analyses dans les grandes lignes et approuve la répartition régionale pour les montants maximaux en matière de loyer

Ces montants ont été adaptés pour la dernière fois par le Conseil fédéral en 2001. Les lacunes de financement résultant de l'augmentation des loyers survenue entretemps, doivent être comblées par les cantons et partiellement par les communes. Les montants effectivement fixés dans la LPC ont conduit à un lent et progressif report des coûts vers l'aide sociale, ou ont nécessité des prestations supplémentaires de la part des cantons, pour compléter les PC. Pour prévenir cette tendance et pour que le Conseil fédéral remplisse ses obligations de cofinancement en matière de PC, la CDAS lui demande en conséquence, d'adapter périodiquement les montants de loyer à la situation économique. Cette proposition est également soutenue par la CDF.

Remarques concernant les aspects centraux

La CDAS **demande** d'adapter les deux points suivants du projet:

- *Nouveaux montants de base en matière de loyer*

La CDAS approuve le principe de fixer les montants maximaux en matière de loyer sur la base de la taille du ménage. Les montants (de base) proposés pour les personnes vivant seules, sont cependant fixés trop haut (entre CHF 1200.- et CHF. 1345.- selon les régions, contre CHF 1100.- partout jusqu'ici). L'écart existant entre les PC et l'aide sociale se trouverait encore accentué (dans le canton de Bâle-Ville, le loyer net pour une personne à l'aide sociale se monte à CHF 700.-). La CDAS est d'accord avec les autres montants proposés.

En raison des différentes charges locatives dans les cantons et des différences en partie considérables entre les régions, la CDAS exige que les cantons aient la possibilité de réduire eux-mêmes – en cas de besoin – les montants maximaux en matière de loyer. Afin d'éviter la diversité de variantes entre les cantons, cette nouvelle compétence devrait rester aussi simple que possible.

- *Participation de la Confédération aux frais de home*

La motion de la CSSS-N qui est à la base du projet du Conseil fédéral, ne prévoit aucune augmentation des charges de la Confédération en ce qui concerne les personnes résidant dans des homes. Les cantons en sont conscients mais ne peuvent néanmoins pas souscrire à la solution présentée. Le statu quo proposé, consistant à maintenir les montants de loyer actuels pour les personnes résidant dans des homes, contournent certains principes de la RPT, ce que les cantons ne peuvent accepter.

La CDAS et le comité de la CDF refusent cette différence de traitement. Ils désapprouvent cette solution concernant la participation de la Confédération pour les personnes résidant dans des homes et demandent le retrait de la proposition d'adaptation de l'art. 13 al. 2 LPC

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur ce sujet et de bien vouloir tenir compte de nos propositions, nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

**Conférence des directrices et des directeurs
Cantonaux des affaires sociales**

Le président



Peter Gomm
Le Landammann

La secrétaire générale



Margrith Hanselmann

Copie adressée par e-mail à

- Directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
- Secrétariats généraux CDF et CDS
- M. Jürg Brechbühl, directeur de l'OFAS
- M. Brändle, collaborateur personnel du chef du DFI

Pro Infirmis

Sozialpolitik und
Dachorganisation

Feldeggstrasse 71
Postfach 1332
8032 Zürich
Tel. 044 388 26 26
Fax 044 388 26 00

Pro Infirmis Postfach 1332 8032 Zürich

Bundesamt für Sozialversicherungen
Abt. AHV, BV, EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern
katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Zuständig
Urs Dettling, lic.iur.
Stellvertretender Direktor
urs.dettling@proinfirmis.ch

21. Mai 2014

Vernehmlassung zur Änderung des ELG; anrechenbare Mietzinsmaxima

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 12.2.2014 zur Stellungnahme.

Pro Infirmis unterstützt die Vernehmlassungsantwort der Dachorganisationenkonferenz der privaten Behindertenhilfe (DOK).

Insbesondere wichtig sind für Pro Infirmis folgende Anliegen:

Die Anpassung der Mietzinsmaxima soll auf den nächstmöglichen Termin erfolgen. Die letzte Erhöhung erfolgte 2001. Bereits 2008 hat Pro Infirmis, zusammen mit Integration Handicap und Pro Senectute dem BSV das Anliegen für eine Erhöhung der Mietzinsmaxima unterbreitet. Leider wurde dieses Anliegen zu lange nicht aufgenommen und es brauchte etliche parlamentarische Vorstösse bis zur nun vorliegenden überfälligen Revision.

Auf keinen Fall darf diese Revision weiterhin verzögert werden mit dem Argument, es brauche zuerst eine umfassende Analyse aller aktuellen „EL-Probleme“ (u.a. aufgrund der Pflegefinanzierung oder der NFA-Umsetzung). Damit würde die Intention des Gesetzgebers, u.a. die Mietzinsmaxima aufgrund der gestiegenen Mietkosten anzupassen, verletzt.

Die regionale Einteilung für die Mietzinsmaxima soll nicht starr angewendet werden. Je Landesregion kann es vorkommen, dass Wohnungen in Gemeinden in einer Region „Land“ vergleichbar teuer sind wie in der Region „Stadt“. Als Beispiel führen wir hier Stans an mit seiner Lage und Nähe zur Stadt Luzern.

Pro Infirmis fordert, dass für die Höhe der Anpassung die Teuerung bis Ende 2015 miteinbezogen wird. Die Anpassung soll gemäss Vorlage auf dem Stand der Teuerung bis

Pro Senectute Schweiz

Lavaterstrasse 60 · Postfach · CH-8027 Zürich · PK 80-8501-1
Telefon 044 283 89 89 · Fax 044 283 89 80
E-Mail info@pro-senectute.ch · www.pro-senectute.ch



Bundesamt für Sozialversicherungen
Abteilung AHV, BV, EL
Frau Katharina Schubarth
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zürich, 14. Mai 2014

Direktion · Werner Schärer
Telefon 044 283 89 69 · E-Mail werner.schaerer@pro-senectute.ch

Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG); anrechenbare Mietzinsmaxima – Stellungnahme Pro Senectute Schweiz

Sehr geehrte Frau Schubarth

Wir beziehen uns auf das Schreiben von Bundesrat Alain Berset vom 12. Februar 2014 bezüglich Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG); anrechenbare Mietzinsmaxima und danken Ihnen für die Gelegenheit, unsere Position zu diesem Thema darlegen zu dürfen.

Die vorliegende Stellungnahme wurde vom Stiftungsrat von Pro Senectute Schweiz nach Konsultation der kantonalen und interkantonalen Pro Senectute-Organisationen am 9. Mai 2014 verabschiedet. Sie erhalten diese in der Beilage in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Freundliche Grüsse
PRO SENECTUTE SCHWEIZ

Toni Frisch
Präsident des Stiftungsrates

Werner Schärer
Direktor

Beilage: Stellungnahme Pro Senectute

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des ELG betr. anrechenbare Mietzinsmaxima

Pro Senectute nimmt als grösste Fach- und Dienstleistungsorganisation der Schweiz im Dienste der älteren Menschen Stellung zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG) betreffend anrechenbare Mietzinsmaxima, die der Bundesrat am 12. Februar 2014 in die Vernehmlassung gegeben hat.

Die vorliegende Stellungnahme wurde vom Stiftungsrat von Pro Senectute Schweiz nach Konsultation der kantonalen und interkantonalen Pro Senectute-Organisationen am 9. Mai 2014 verabschiedet.

1. Vorbemerkung

Pro Senectute setzt sich seit Jahren für eine Anpassung der Mietzinsmaxima im ELG an die Entwicklung der tatsächlichen Mietkosten gemäss Mietindex ein. Gemeinsam mit Pro Infirmis und Integration Handicap hatte Pro Senectute dieses Anliegen bereits im Juli 2008 dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vorgelegt. Bekräftigung fand diese Forderung durch die Interviews, die im Sommer 2008 mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in den Beratungsstellen von Pro Senectute geführt worden sind. Dabei ist deutlich geworden, dass das Problem der durch die Ergänzungsleistungen nicht gedeckten Mietkosten in der Sozialberatung von Pro Senectute als vordringlich wahrgenommen wird. Die Schlussfolgerungen aus den Interviews sind auch in die 2009 veröffentlichte Studie von Pro Senectute (*Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz*) eingeflossen.

Die Notwendigkeit einer Anpassung der Mietzinsmaxima wurde durch ein Schreiben des Stiftungsrates von Pro Senectute Schweiz an den Bundesrat sowie durch eine Veranstaltung der von Pro Senectute Schweiz organisierten Parlamentarischen Gruppe für Altersfragen im März 2010 unterstrichen. Ein weiteres Treffen dieser Gruppe befasste sich im September 2011 nochmals mit dem Thema.

2. Zur vorgeschlagenen Neuregelung

a. Regionale Einteilung der Mietzinsmaxima

Der Bundesrat schlägt vor, die Mietzinsmaxima nach Regionen einzuteilen, wobei zwischen «Grosszentren», «Stadt» und «Land» unterschieden werden soll. Pro Senectute erklärt sich mit einer Differenzierung grundsätzlich einverstanden. Die vorgeschlagene Einteilung geht unseres Erachtens jedoch zu wenig auf die unterschiedlichen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt ein. Wir fordern eine Festlegung der Regionen aufgrund der Mietkostenstatistik.

Bei der Festlegung des Zusatzbeitrages für rollstuhlgängige Wohnungen in Höhe von CHF 3'600.- pro Jahr geben wir zudem zu bedenken, dass dieser Beitrag für rollstuhlgängige Wohnungen in Grosszentren und Städten kaum ausreichen wird.

Wir regen deshalb eine Erhöhung des Zusatzbeitrages bzw. dessen Differenzierung analog zur Regelung bei den Mietzinsmaxima an.¹

b. Mehrpersonenhaushalte

Der Bundesrat schlägt vor, die Mietzinsmaxima künftig aufgrund der Haushaltsgrösse – unabhängig vom Zivilstand – festgesetzt werden soll. Pro Senectute ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

c. Beteiligung des Bundes an den Heimkosten

Der Bundesrat schlägt vor, für die Ausscheidung des Anteils der Heimkosten, welche der Bundesrat zu übernehmen hat, weiterhin das geltende Mietzinsmaximum für Alleinstehende zu verwenden und nicht den erhöhten Betrag. Pro Senectute nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis.

d. Künftige Anpassung der Mietzinsmaxima

Der Bundesrat schlägt vor, künftige Anpassungen gemäss der geltenden Bestimmung von Artikel 19 ELG vorzunehmen. Pro Senectute hält die dort enthaltene Kann-Formulierung für unzureichend.

Künftige Anpassungen haben in der gleichen Zeitperiode wie die Anpassung der ordentlichen Renten an die Lohn- und Preisentwicklung (gemäss Artikel 33^{ter}) zu erfolgen. Es ist daher eine «Muss-Regelung» zu verankern.

e. Mindesthöhe der neuen Ansätze

Wir möchten darauf hinweisen, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Mietzinsmaxima um durchschnittlich 18 Prozent lediglich die bislang aufgelaufenen Erhöhungen der Mietzinse berücksichtigen – nicht aber jene, die bis Inkrafttreten der Änderung des ELG noch stattfinden und voraussichtlich 20 Prozent überschreiten werden. Die vorgeschlagenen Beträge müssen nochmals überprüft werden, um schon bei der Einführung der neuen Ansätze einen weiteren Rückstand hinter der realen Preisentwicklung zu verhindern. Die Erhöhung muss im Vergleich zu heute mindestens 20 % betragen.

f. Dringlichkeit des Anliegens

Die Anpassung der Mietzinsmaxima ist ein schon lange gefordertes dringliches Anliegen. Wir fordern daher eine rasche parlamentarische Behandlung und ein frühestmögliches Inkraftsetzen der neuen Regelungen.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

¹ www.procap.ch/uploads/media/2014-04-28-Erhebung-EL-Mietzinsmaxime-VL-DOK_01.pdf

Réponse à la consultation relative à la modification de la LPC concernant les loyers maximaux à prendre en compte

En sa qualité de plus grande organisation professionnelle au service des personnes âgées en Suisse, Pro Senectute prend position sur la modification de la Loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI (LPC) concernant les loyers maximaux à prendre en compte, que le Conseil fédéral a mise en consultation le 12 février 2014.

La présente prise de position a été adoptée par le conseil de fondation de Pro Senectute Suisse le 9 mai 2014 après consultation des organisations cantonales et intercantionales de Pro Senectute.

1. Remarque préliminaire

Pro Senectute s'engage depuis plusieurs années pour une adaptation des loyers maximaux prévus dans la LPC à l'évolution des coûts effectifs des loyers selon l'indice des loyers. Conjointement avec Pro Infirmis et Intégration Handicap, Pro Senectute avait soumis cette requête à l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) en juillet 2008 déjà. La revendication a obtenu un solide appui lors des entretiens qui ont été menés en été 2008 avec des assistantes sociales et des assistants sociaux dans les bureaux de consultation de Pro Senectute. Dans ce contexte, il est devenu évident que le problème des coûts du loyer non couverts par les prestations complémentaires était perçu dans la consultation sociale de Pro Senectute comme une priorité. Les conclusions tirées des entretiens ont également été intégrées dans une étude que Pro Senectute a publiée en 2009 (« *Vivre avec peu de moyens. La pauvreté des personnes âgées en Suisse* »).

La nécessité de procéder à une adaptation des loyers maximaux a été mise en évidence en mars 2010 par une lettre que le conseil de fondation de Pro Senectute Suisse a adressée au Conseil fédéral, ainsi que par une rencontre de l'intergroupe parlementaire pour les questions relatives à la vieillesse mis sur pied par Pro Senectute Suisse. Le thème a une nouvelle fois été abordé lors d'une autre rencontre de ce même groupe en septembre 2011.

2. Concernant la nouvelle solution proposée

a. Ventilation régionale des loyers maximaux

Le Conseil fédéral propose de ventiler les loyers maximaux par région, distinction devant être faite entre « grands centres », « ville » et « campagne ». Pro Senectute se déclare en principe d'accord avec une différenciation. A notre avis, la répartition proposée ne tient toutefois pas suffisamment compte des différentes conditions prévalant sur le marché du logement. Nous demandons une définition des régions sur la base de la statistique des loyers.

S'agissant de la fixation du supplément de CHF 3600.- par an pour les appartements permettant la circulation d'une chaise roulante, nous faisons remarquer que cette contribution ne va guère suffire pour les appartements situés dans les grands centres et dans les villes. Nous suggérons par conséquent d'augmenter le supplément ou de prévoir une différenciation de celui-ci à l'instar de la solution retenue pour les loyers maximaux.¹

b. Ménages de plusieurs personnes

Le Conseil fédéral propose que les loyers maximaux soient dorénavant fixés en fonction de la taille du ménage, indépendamment de l'état civil. Pro Senectute est d'accord avec cette proposition.

c. Participation de la Confédération aux frais de home

S'agissant du calcul distinctif de la part des frais de home que la Confédération doit prendre en charge, le Conseil fédéral propose de continuer de prendre en compte le montant maximal actuel pour personnes seules et non pas le montant de loyer majoré. Pro Senectute prend connaissance de cette proposition.

d. Adaptation future des loyers maximaux

Le Conseil fédéral propose de procéder aux futures adaptations par le biais de l'article 19 LPC. Pro Senectute considère insuffisante la formulation potestative qui y figure.

Les adaptations futures doivent intervenir dans la même période que l'adaptation des rentes ordinaires à l'évolution des salaires et des prix (selon l'article 33^{er} LAVS). Une réglementation impérative doit donc être instituée.

e. Niveau minimum des nouveaux montants

Nous aimerions faire remarquer que l'augmentation de 18 % en moyenne proposée pour les loyers maximaux ne tient compte que des hausses de loyer accumulées jusqu'à présent et non pas de celles qui interviendront encore jusqu'à l'entrée en vigueur de la modification de la LPC et qui, selon les prévisions, dépasseront 20 %. Les montants proposés doivent être une nouvelle fois vérifiés afin d'éviter que le retard ne se creuse encore par rapport à l'évolution réelle des prix dès l'introduction des nouveaux montants maximaux. L'augmentation doit être au minimum de 20 % par rapport à aujourd'hui.

f. Urgence de l'enjeu

¹ www.procap.ch/uploads/media/2014-04-28-Erhebung-EL-Mietzinsmaxime-VL-DOK_01.pdf

L'adaptation des loyers maximaux constitue un enjeu urgent, pour lequel une solution est réclamée depuis longtemps déjà. Nous demandons par conséquent qu'elle soit traitée par le Parlement dans les meilleurs délais et que les nouvelles réglementations entrent en vigueur le plus tôt possible.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position.

Risposta alla procedura di consultazione sulla modifica nella LPC riguardo agli importi massimi computabili per la pigione

Pro Senectute, la maggiore organizzazione professionale e di servizi attiva a favore delle persone anziane in Svizzera, prende posizione sulla modifica della Legge federale sulle prestazioni complementari all'AVS/AI (LPC) riguardo agli importi massimi computabili per la pigione. Il Consiglio federale ha dato il via alla procedura di consultazione il 12 febbraio 2014.

Il Consiglio di fondazione di Pro Senectute Svizzera, sentite le organizzazioni cantonali e intercantionali di Pro Senectute, in data 9 maggio 2014 ha licenziato la presente presa di posizione.

1. Osservazione preliminare

Pro Senectute si batte da anni per l'adeguamento nella LPC degli importi massimi computabili per la pigione all'evoluzione effettiva delle pigioni (come da indice svizzero delle pigioni). Già nel luglio del 2008, Pro Senectute, Pro Infirmis e Integration Handicap avevano sottoposto istanza in merito all'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS) che poi nello stesso periodo è stata suffragata da interviste alle e agli assistenti sociali dei servizi di consulenza di Pro Senectute. Dalle interviste è risultato chiaramente che nella consulenza sociale di Pro Senectute il problema delle pigioni non completamente coperte dalle prestazioni complementari è di primaria importanza. Quanto scaturito dalle interviste è pure confluito nella ricerca sulla povertà pubblicata da Pro Senectute nel 2009 (*Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz / Vivre avec peu de moyens. La pauvreté des personnes âgées en Suisse*).

Nel marzo del 2010 in una lettera del Consiglio di fondazione di Pro Senectute Svizzera al Consiglio federale e in un incontro del Gruppo parlamentare per le questioni della vecchiaia, organizzato da Pro Senectute Svizzera, è stata ribadita la necessità di adeguare gli importi massimi computabili per la pigione. In un suo successivo incontro nel settembre del 2011, il gruppo citato si è nuovamente chinato sul tema.

2. In merito alla nuova regolamentazione

a. Suddivisione regionale degli importi massimi computabili per la pigione

Il Consiglio federale propone di suddividere per regioni gli importi massimi computabili per la pigione, distinguendo segnatamente tra «grossi centri», «città» e «campagna». In via di principio Pro Senectute è d'accordo con questa proposta. La suddivisione proposta, secondo il nostro parere, rispecchia però poco le differenti condizioni vigenti nel mercato degli alloggi. Noi chiediamo una definizione delle regioni in base alla statistica sulle pigioni.

In merito al contributo supplementare per appartamenti senza barriere architettoniche (agibili con carrozzelle) dell'ammontare di CHF 3'600.- per anno, Pro Senectute fa tuttavia notare che nei grossi centri e nelle città detta somma è da considerare non sufficiente. Perciò Pro Senectute suggerisce un innalzamento del contributo supplementare rispettivamente una sua differenziazione conforme alle di-

sposizioni sugli importi massimi della pigione.¹

b. Economie domestiche composte da più persone

Il Consiglio federale propone che in futuro i massimi per la pigione siano fissati in funzione della grandezza dell'economia domestica, ma indipendentemente dallo stato civile dei suoi membri. Pro Senectute è d'accordo con questa proposta.

c. Partecipazione della Confederazione alle rette degli istituti

Il Consiglio federale propone di mantenere l'attuale importo per persone celibi/nubili e di non adottare l'importo innalzato per quanto concerne il calcolo della quota-parte della retta in istituto che sarà a suo carico. Pro Senectute prende atto di questa proposta.

d. Adeguamenti futuri degli importi massimi computabili per la pigione

Per i futuri adeguamenti il Consiglio federale propone di basarsi sulle disposizioni dell'articolo 19 LPC. Per Pro Senectute la formula "può" dell'articolo in questione è insufficiente.

I futuri adeguamenti sono da realizzare contemporaneamente agli adeguamenti delle rendite ordinarie all'evoluzione dei prezzi (come prevede l'articolo 33^{ter}). Va quindi sancita una «disposizione obbligatoria».

e. Soglia minima dei nuovi importi

Infine ci permettiamo di attirare l'attenzione sul fatto che l'aumento del 18 per cento degli importi massimi per la pigione ora proposto tiene conto unicamente degli aumenti delle pigioni accumulati negli anni passati mentre non considera l'aumento fino all'entrata in vigore delle modifiche della LPC che probabilmente supererà il 20 per cento. Al fine di evitare già all'introduzione delle nuove aliquote un nuovo ritardo rispetto all'effettiva evoluzione delle pigioni, si dovrebbe procedere con un'ulteriore verifica degli importi proposti. L'aumento, messo a confronto con la realtà odierna, deve essere fissato minimo al 20 per cento.

f. Urgenza della questione

L'adeguamento degli importi massimi delle pigioni è una questione urgente, da tempo sollecitata. Chiediamo quindi un trattamento tempestivo da parte del parlamento onde ottenere prima possibile l'entrata in vigore delle nuove disposizioni.

Ringraziamo dell'opportunità concessa di poter prender posizione in merito.

¹ www.procap.ch/uploads/media/2014-04-28-Erhebung-EL-Mietzinsmaxime-VL-DOK_01.pdf

21.05.14, Seite 2/2

2012 eingefroren werde. Die Revision wird aber erst 2016 in Kraft treten. Daher soll auch die bis dahin aufgelaufene Teuerung berücksichtigt werden.

Der Vorschlag, die Höhe der anrechenbaren Mietzinsmaxima abhängig zu machen von der Zahl der Bewohner in einem Haushalt darf nicht zu einer massiven Schlechterstellung von Alleinstehenden in Wohngemeinschaften führen. Mit dem vorgeschlagenen Systemwechsel würden – wenn keine Korrektur erfolgt – alleinstehenden EL-Bezüglern, die in Wohngemeinschaften leben, der Mietzins lediglich in einer Höhe von rund 440 Franken (bisher 1'100) angerechnet (Beispiel Region Stadt). Dies betrifft z.B. EL-Beziehende, welche im Rahmen eines begleiteten Wohnens mit Dritten eine Wohngemeinschaft bilden.


Pro Infirmis fordert, dass der Zuschlag für rollstuhlgängige Wohnungen auf 600 Franken pro Monat erhöht wird. Der Bundesrat möchte den Zuschlag auf 300 Franken belassen und damit . Dieser Betrag ist zu tief. Rollstuhlgängige Wohnungen finden sich heute vor allem in Neubauten oder renovierten Gebäuden. Bei solche Wohnungen werden damit allein aufgrund der höheren Erstellungskosten entsprechende Mietzinse verlangt; hinzu kommt noch die Teuerung seit 2001.

Die Plafonierung der Kostenbeteiligung des Bundes an den Heimen ist nicht nachvollziehbar. Mit diesem Vorschlag verschieben sich die Kosten auf die Kantone, was der Zielsetzung des NFA widerspricht.

Wir danke Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Pro Infirmis
Für die Geschäftsleitung


Urs Dettling, stv. Direktor

Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG); anrechenbare Mietzinsmaxima

Vernehmlassungsantwort Procap Schweiz

A. Allgemeine Bemerkungen

Procap Schweiz, der grösste gesamtschweizerische Selbsthilfe- und Mitgliederverband von und für Menschen mit Behinderung in der Schweiz, begrüsst die Vernehmlassungsvorlage «**Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG); anrechenbare Mietzinsmaxima**» sehr. Wir hätten uns gewünscht, schon zu einem früheren Zeitpunkt zu dieser Vorlage Stellung beziehen zu können, denn es besteht grosser Handlungsbedarf.

Eine Anpassung der Mietzinsmaxima im ELG, insbesondere eine Erhöhung des Zuschlags für rollstuhlgängige Wohnungen, wurde von unserem Verband auf Grund von Analysen des Wohnungsmarktes schon mehrmals eingefordert. Wir sind der Meinung, dass die Umsetzung der Vorlage so schnell wie möglich an die Hand genommen werden muss. Die vorgesehene Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2016 darf nicht weiter hinausgeschoben werden. Vehement sprechen wir uns dagegen aus, die Anliegen dieser Vorlage in die vorgesehene allgemeine Reform des ELG einzubeziehen (s. *Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Kostenentwicklung und Reformbedarf. Bericht des Bundesrates, 20.11.2013*), das würde ihrer Dringlichkeit in keiner Weise gerecht werden.

Die vorliegende Stellungnahme von Procap Schweiz stützt sich auf die Vernehmlassungsantwort der Dachorganisationenkonferenz der privaten Behindertenhilfe DOK. Procap Schweiz unterstützt die Positionen der DOK vollumfänglich. Ergänzend dazu möchten wir die hohe Wichtigkeit der **Erhöhung des Zuschlags für rollstuhlgängige Wohnungen von aktuell CHF 300 auf monatlich CHF 600** (Antrag 3 der DOK) ausführlicher begründen:

1. Die allgemeinen Mietzinsmaxima wurden letztmals 2001 erhöht und sollen jetzt angepasst werden. Eine Anpassung des Zuschlags für rollstuhlgängige Wohnungen liegt noch länger zurück: letztmals 1998, also vor mehr als 15 Jahren. Eine weitere Anpassung dieses Zuschlags ist somit überfällig.
2. Es gibt immer noch viel zu wenig hindernisfreie Wohnungen in der Schweiz. Etwa zwei Drittel aller Wohnungen stammen aus der Zeit zwischen 1950 bis 1980. Sie haben bezüglich der Hindernisfreiheit ungünstige Grundrisse, sind häufig nicht stufen- und schwellenlos erreichbar und weisen oft enge Platzverhältnisse auf. Dieser Wohnungsbestand wird leider nur sehr langsam und häufig nicht hindernisfrei erneuert.

Bestimmungen über das Hindernisfreie Bauen gibt es, je nach Kanton, seit rund 30 z.T. aber auch erst seit 10 Jahren (Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes BehiG). Eine Norm über den behindertengerechten Wohnungsbau gibt es seit 1988. Wirklich konkrete und verbindliche Vorschriften haben aber erst im Jahre 2009, mit der Norm SIA 500 *Hindernisfreie Bauten*, ihre Gültigkeit erlangt.

3. Personen im Rollstuhl brauchen Wohnflächen, die nicht zu knapp bemessen sind: Wegen den erforderlichen Durchgangsbreiten und Manövrierflächen kann nicht dicht möbliert werden, Schränke sind nur auf eingeschränkter Höhe nutzbar, was zu Mehrlängen der Schrankfronten bis zum Anderthalbfachen führt. Zudem hat - wegen der eingeschränkten Mobilität der Betroffenen - die Wohnung als Ort der Erholung und Sicherheit für sie ohnehin eine noch grössere Bedeutung als für zu Fuss Gehende. Die Entwicklung zu generell grösseren Wohnflächen in den letzten Jahren kommt diesem Bedarf glücklicherweise entgegen.
4. Das bedeutet jedoch: Erst bei Wohnungen, die etwa ab Beginn des 21. Jahrhunderts erstellt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass sie - wenigstens zum einem guten Teil (leider bei weitem nicht alle) - für Menschen mit Behinderung geeignet sind. Diese Wohnungen sind jedoch, entsprechend der erst vor kurzem erfolgten Erstellung, verhältnismässig teuer und damit für viele Wohnungssuchende unerschwinglich. Somit haben Menschen mit Behinderung eine weitaus kleinere Auswahl an Wohnmöglichkeiten, was sich, insbesondere in Regionen mit einem ausgetrockneten Wohnungsmarkt, als äusserst benachteiligend auswirkt, da dort kaum Ausweichmöglichkeiten bestehen. Das spiegelt sich eindrücklich im Beratungsalltag von Procap Schweiz im Bereich „Procap Wohnen“ wieder: Häufig fragen resignierte Wohnungssuchende nach, was sie noch tun könnten, um vielleicht doch noch zu einer bezahlbaren rollstuhlgängigen Wohnung zu kommen, nachdem sie nicht selten schon mehr als ein Jahr auf der Suche sind.
5. Die zahlreichen Analysen des Internet-Wohnungsmarktes von Procap Schweiz in den letzten Jahren bestätigen den Sachverhalt des zu knappen Angebotes von rollstuhlgängigen Wohnungen in der Schweiz. Sie haben aufgezeigt, dass mit der Erhöhung des Mietpreises das Angebot von rollstuhlgängigen Wohnungen markant steigt. (Siehe dazu: http://www.procap.ch/uploads/media/2014-04-28-Erhebung-EL-Mietzinsmaxime-VL-DOK_01.pdf). Gerade für das generell knappe Angebot an Familienwohnungen ab 4 ½-Zimmern ist eine Erhöhung besonders wirksam.
6. Die Mehrkosten für die Erhöhung des Zuschlags um CHF 300 sind sehr bescheiden, da nur eine geringe Anzahl EL-Bezüger/innen diesen beansprucht. Gemäss Ziffer 3.3.1 des „Berichts über die Anpassung der Mietzinsmaxima in den Ergänzungsleistungen (EL) vom 10. August 2011“ sind es nur gerade 375 Fälle, die davon ganz oder sogar nur teilweise Gebrauch machen.

B. Fazit: Grosse Wirkung - geringe Mehrkosten

Die Erhöhung des Zuschlags für rollstuhlgängige Wohnungen (Art. 10 Abs. 1 Buchst. b Ziff. 3 ELG) führt - bei sehr bescheidenen Mehrkosten - zu einem deutlich höheren Angebot an dringend benötigtem erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Sie ist damit ein wesentlicher Faktor für die Selbständigkeit und Integration von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben und in die Gesellschaft und liegt damit im Interesse der gesamten Gesellschaft. Die Erhöhung des Zuschlags für rollstuhlgängige Wohnungen kann sogar zu einer finanziellen Entlastung von Kantonen und Gemeinden beitragen, denn je mehr Menschen mit Behinderung und Senior/innen eine geeignete Wohnung finden, desto weniger Plätze braucht es in den entsprechenden Institutionen.

Olten, 20. Mai 2014

Modification de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (LPC) ; loyers maximaux à prendre en compte

Réponse de Procap Suisse à la consultation

A. Remarques générales

Procap Suisse, la plus grande organisation d'entraide de et pour personnes avec handicap en Suisse, salue avec enthousiasme le projet mis en consultation « **Modification de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (LPC) ; loyers maximaux à prendre en compte** ». Nous aurions aimé pouvoir prendre position plus tôt vis-à-vis de ce projet, étant donné l'urgence de la situation.

En se fondant sur diverses analyses du marché du logement, notre association a déjà à plusieurs reprises exigé une adaptation des loyers maximaux dans la LPC, et notamment une augmentation du supplément pour les logements accessibles en chaise roulante. Nous estimons qu'il y a lieu de s'atteler au plus vite à la mise en œuvre du projet. Son entrée en vigueur, prévue le 1er janvier 2016, ne peut être reportée. Nous nous opposons fermement à ce que les propositions avancées soient incorporées au projet de réforme générale de la LPC (voir *Prestations complémentaires à l'AVS/AI : Accroissement des coûts et besoins de réforme. Rapport du Conseil fédéral, 20/11/2013*), car ceci serait tout à fait incompatible avec l'urgence de leur mise en œuvre.

La présente prise de position de Procap Suisse est basée sur la réponse de consultation de la Conférence des organisations faîtières de l'aide privée aux handicapés DOK. Procap Suisse appuie pleinement les positions défendues par la DOK. En complément, nous souhaiterions motiver plus avant **l'importance d'augmenter le supplément pour les appartements permettant la circulation d'une chaise roulante à 600 CHF par mois, contre 300 CHF actuellement** (3e requête de la DOK) :

1. Les loyers maximaux généraux n'ont plus été augmentés depuis 2001 et doivent à présent être adaptés. Le supplément pour les logements accessibles en chaise roulante n'a quant à lui plus été adapté depuis 1998, soit depuis plus de 15 ans. Il est donc grand temps de le réajuster.
2. Il existe encore beaucoup trop peu de logements sans obstacles en Suisse. Près de deux tiers de la totalité des logements ont été construits entre 1950 et 1980. Souvent, leurs plans ne leur permettent pas d'être totalement accessibles, ils présentent des marches et des seuils ou des espaces trop étroits. Hélas, ces logements ne sont rénovés que très lentement, sans être forcément dépourvus d'obstacles ensuite. En fonction des cantons, des dispositions relatives à la construction sans obstacles existent depuis 30 ou 10 ans seulement (entrée en vigueur de la loi sur l'égalité pour les handicapés LHand). Si une norme relative à la construction de logements adaptés aux personnes handicapées existe depuis 1988, il a fallu attendre 2009 et la norme SIA 500 *Constructions sans obstacles* pour que des prescriptions concrètes et contraignantes entrent en vigueur.
3. Les personnes en chaise roulante ont besoin d'un logement aux dimensions adaptées. En effet, étant donné qu'il leur faut une certaine largeur de passage et une surface suffisante

pour manœuvrer, le logement ne doit pas être trop meublé ; par ailleurs, les placards ne sont utilisables que jusqu'à une certaine hauteur, si bien qu'ils doivent être jusqu'à une fois et demie plus longs à l'avant. Ajoutons encore que compte tenu des problèmes de mobilité des personnes concernées, le logement représente pour elles plus que pour quiconque un lieu de détente où elles se sentent en sécurité. Par chance, l'évolution vers des surfaces habitables plus spacieuses observée ces dernières années répond à ce besoin.

4. Néanmoins, cela veut aussi dire que les logements bâtis à partir du début du siècle environ sont les seuls dont on peut espérer qu'ils soient adaptés aux personnes avec handicap, du moins une bonne partie d'entre eux (malheureusement pas tous, loin de là). Toutefois, il a été constaté récemment que ces logements coûtaient proportionnellement cher et étaient donc inabordables pour beaucoup de personnes. De ce fait, les personnes avec handicap disposent d'un choix restreint en matière de logements, ce qui a des effets extrêmement préjudiciables – notamment dans les régions où le marché du logement est asséché –, vu qu'il n'existe quasiment aucune solution de secours. Chez Procap Suisse, nous sommes confrontés à ce genre de situations au quotidien dans le cadre de nos séances de conseils du secteur Procap Logements : des personnes résignées nous demandent souvent ce qu'elles pourraient faire de plus pour éventuellement obtenir un jour un logement accessible et abordable, après des recherches de plus d'un an parfois.
5. Les nombreuses analyses du marché du logement sur Internet réalisées par Procap Suisse ces dernières années confirment la pénurie de logements accessibles en chaise roulante en Suisse. Elles ont révélé qu'en déplaçant vers le haut la fourchette des loyers pris en compte dans le calcul des prestations complémentaires, l'offre en logements accessibles augmente considérablement. (Voir à ce sujet : http://www.procap.ch/uploads/media/2014-04-28-Erhebung-EL-Mietzinsmaxime-VL-DOK_01.pdf (en allemand)). Cela vaut tout particulièrement pour les logements familiaux de 4.5 pièces dont l'offre est généralement très limitée.
6. Les frais supplémentaires qu'engendrerait une augmentation de 300 CHF du supplément sont dérisoires, puisque seul un faible nombre de bénéficiaires des prestations complémentaires en fait la demande. Le point 3.3.1 du « *Rapport sur l'adaptation des montants maximaux en matière de loyer dans les prestations complémentaires (PC) du 10 août 2011* » ne fait état que de 375 cas qui y ont recours entièrement ou en partie seulement.

B. Conclusion : une grande efficacité pour de faibles coûts

L'augmentation du supplément pour les appartements permettant la circulation d'une chaise roulante (article 10, paragraphe 1, point b, chiffre 3, de la LPC) entraîne, pour des frais supplémentaires dérisoires, une hausse nette de l'offre en logements abordables, dont les personnes avec handicap ont besoin d'urgence. Il s'agit donc d'un facteur essentiel pour l'autonomie et l'intégration des personnes avec handicap dans la vie professionnelle et sociale, ce qui est dans l'intérêt de l'ensemble de la société. L'augmentation du supplément pour les logements accessibles en chaise roulante peut même contribuer à décharger financièrement les cantons et communes : en effet, plus il y aura de personnes avec handicap et de seniors qui trouveront un appartement adapté, moins il faudra de places dans les institutions compétentes.

Olten, le 20 mai 2014

Bundesamt für Sozialversicherungen
Abteilung AHV, BV, EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Brugg, 15. April 2014 / TA

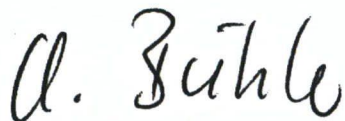
**Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG);
Anrechenbare Mietzinsmaxima**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband befürwortet die Änderung
des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZ. BÄUERINNEN- UND LANDFRAUENVERBAND SBLV



Christine Bühler
Präsidentin



Theres Anna von Aarburg
Co-Geschäftsführerin

Eidgenössisches Departement des Innern
Abteilung AHV-BV, EL
Katharina Schubarth
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, im Mai 2014

Stellungnahme zur Änderung des ELG; anrechenbare Mietzinsmaxima

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Vernehmlassung über die Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV bezüglich der anrechenbaren Mietzinsmaxima. Für uns als Fachverband der Sozialhilfe sind Vorlagen im Themenfeld der Armutsbekämpfung und Existenzsicherung von besonderer Bedeutung und wir nehmen gerne wie folgt Stellung:

Gesamtsicht

Die SKOS begrüsst, dass die Mietzinsmaxima der EL einer Überprüfung unterzogen wurden und neu geregelt werden sollen. Die bisherigen Werte sind je nach Haushaltgrösse nicht einmal mehr für 40% der EL-Beziehenden bedarfsdeckend (Beispiel der Fünfpersonenhaushalte). Im Durchschnitt reicht der Betrag in 72% der Fälle. In den knapp 30% der Fälle, in denen der Maximalbetrag nicht ausreicht, um die effektiven Wohnkosten zu decken, müssen die Mehrkosten von den Betroffenen über die Pauschale für den allgemeinen Lebensbedarf gedeckt werden. Auch ist es nach zehn Jahren starken Mietzinsanstiegs an der Zeit, die Richtsätze anzupassen. Um einer solchen Unterdeckung in Zukunft vorzubeugen, plädiert die SKOS dafür, eine zusätzliche Regelung für eine periodische Überprüfung der Mietzinsmaxima einzuführen.

Die vorgesehenen Anpassungen würden in einer überwiegenden Mehrzahl der Fälle zu einer Besserstellung der Betroffenen gegenüber heute führen. Auch würden die Änderungen durch den höheren Wohnkostenabzug zur Ausweitung der Zahl der EL-Berechtigten führen. Auf die Sozialhilfe dürfte diese Anpassung kaum Auswirkungen haben oder gegebenenfalls eher zu einer Entlastung führen.

Kommentare zu einzelnen Aspekten

1. Erhöhung der Mietzinsmaxima

Die SKOS begrüsst die generelle Erhöhung der Mietzinsmaxima, kritisiert aber die gewählte Referenzgrösse.

Der maximal anrechenbare Mietzins inkl. Nebenkosten für eine Einzelperson wird in allen drei Regionen um zwischen Fr. 100 und Fr. 245 erhöht. Gekoppelt mit der Differenzierung nach Haushaltgrösse und Region wird erreicht, dass die gesetzten Mietzinsmaxima die effektiven Mietzinse in 90% der Fälle abdecken. Die SKOS bedauert, dass dieser «Referenzwert» ohne Bezug zur konkreten Situation auf dem Markt für Mietwohnungen festgesetzt wurde. Eine vorgängige Definition des angemessenen Wohnraums für EL-Beziehende und eine anschliessende, sich am effektiven Mietmarkt orientierende Festlegung der korrespondierenden Mietzinsmaxima wäre transparenter und besser nachvollziehbar. Die gewählte Lösung führt dazu, dass immer 10% der EL-Beziehenden in für die EL zu teuren Objekten wohnen und den das Maximum übersteigenden Teil der Miete über ihren Grundbedarf abdecken müssen. Ob diese 10% tatsächlich in unverhältnismässig teuren Wohnungen wohnen oder ob auf dem lokalen Mietmarkt keine günstigeren Objekte gefunden werden können, bleibt mit der gewählten Orientierung an einer willkürlichen Abdeckungsquote von 90% offen. Für eine effiziente Armutsbekämpfung müsste bei diesem Vorgehen aus Sicht der SKOS eine 100%ige Abdeckung angestrebt werden.

1. Differenzierung nach Haushaltgrösse

Die SKOS begrüsst die erhöhte Differenzierung, bedauert aber, dass diese nicht über den Vierpersonenhaushalt hinausgeht.

Die SKOS begrüsst, dass nicht nur die Beträge erhöht werden sollen, sondern auch der Differenzierungsgrad des Systems angepasst wird. Neu soll es statt zwei vier verschiedene Ansätze für Ein- bis Vierpersonenhaushalte geben. Die SKOS bedauert jedoch, dass die Differenzierung nicht bis zum Sechs- oder Achtpersonenhaushalt weitergeführt wird. Die Tatsache, dass Familien mit EL häufig besser gestellt sind als Familien, welche ihr Auskommen durch Erwerbstätigkeit bestreiten können, stellt einen gravierenden Systemmangel dar. Dieser sollte aus Sicht der SKOS jedoch nicht über die Mietzinsregelung, sondern im Rahmen einer generellen Systemreform korrigiert werden. Zum Beispiel durch eine Anpassung der Bestimmungen zum anrechenbaren Einkommen (siehe Bericht des Bundesrates zum Reformbedarf bei den EL vom 20.11.13).

Auch die verstärkte Individualisierung bei der Berechnung wird von der SKOS ausdrücklich begrüsst. Die Gesamtmiete (oder gegebenenfalls das Mietzinsmaximum für den gesamten Haushalt) wird durch die Anzahl Mitbewohnende geteilt, um den individuellen Mietzinsanteil zu erhalten. So werden alle Haus- und Lebensformen gleich behandelt.

Die SKOS gibt zu bedenken, dass durch die Anpassung EL-Beziehende, welche bereits heute in Mehrpersonenhaushalten wohnen, weniger EL erhalten oder ihr Anrecht auf EL verlieren würden. Wir regen an, für diese Betroffenen eine Übergangslösung vorzusehen, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Lebenssituation innerhalb angemessener Frist anzupassen.

2. Geographische Differenzierung

Die SKOS begrüsst die Einführung unterschiedlicher Ansätze für Grosszentren, Städte und Peripherie.

Die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land sind bekannt und belegt. Sie führen auch in der Sozialhilfe immer wieder zu Diskussionen. Mit der im Rahmen der Reform vorgeschlagenen Differenzierung der Mietzinse aufgrund der Lage auf der Achse Stadt-Land wurde eine effiziente Möglichkeit der Berücksichtigung dieser Unterschiede gefunden. Es wird sich jedoch in der Praxis weisen, wie einfach respektive passend die Zuordnung einzelner Gemeinden zu den drei Gruppen ausfällt.

Um die Auswirkungen der Neuerungen auf die Existenzsicherung besser einschätzen zu können, hat die SKOS die neuen Mietzinsmaxima nach Region und Haushaltsgrösse mit der gängigen Praxis der Sozialhilfe verglichen. Wir haben eine Stichprobe von je zwei Grossstädten, zwei Städten und zwei Landgemeinden mit öffentlich zur Verfügung stehenden Mietzinsregelungen mit den neuen Maxima der EL verglichen. Die jeweiligen Städte und Gemeinden legen ihre Mietzinsgrenzen in der Regel aufgrund der lokalen Realitäten fest. Die zentrale Frage ist jeweils, ob zu besagtem Preis tatsächlich Objekte erlangt werden können oder nicht. Auffälligstes Resultat sind die grossen Unterschiede – zwischen EL und Sozialhilfe, aber auch innerhalb der Sozialhilfe. Vor allem zwischen den Städten, wo eine Stadt für alle Haushaltstypen unter den Werten der EL liegt, und eine Stadt bei allen Werten darüber. Eine zweite Beobachtung ist, dass bei den kleinen Haushalten die EL tendenziell höhere Maxima vorsieht und bei den grösseren die Sozialhilfe. Diese Beobachtung unterstützt unsere Forderung, die Differenzierung zwischen den Haushalten über die Vierpersonenhaushalte hinaus zu erweitern. Wichtigste Schlussfolgerung dieses Vergleichs scheint uns aber der Hinweis für die EL wie auch für die Sozialhilfe, das Thema des Wohnungsmarktes für Mietwohnungen besser zu untersuchen, um passendere Lösungen anbieten zu können.

3. Konservieren der « alten » Mietzinsmaxima für Berechnung des Bundesanteils für Personen in Pflegeheimen

Die Sonderregelung für Personen in Pflegeheimen erhöht die Intransparenz.

Der Vorschlag, für die Berechnung des Bundesanteils an den Kosten für Personen in Pflegeheimen an den bisherigen Mietzinsobergrenzen festzuhalten, beeinträchtigt die Transparenz des Systems. Weiter ist zu befürchten, dass so der Weg dafür geebnet wird, dass in Zukunft die Kantone jeweils den grösseren Teil der Kostensteigerungen im Bereich der Pflegeheime auffangen werden, indem zwar die Mietzinsmaxima erneut angepasst, das frankenmässige Maximum für die Bundesbeteiligung jedoch beibehalten wird. Eine direkte Koppelung zwischen dem aktuellen Mietzinsmaximum für eine Einzelperson und der Bundesbeteiligung an den Kosten für Personen in Pflegeheimen würde dazu führen, dass Bundes- und Kantonsanteile bei Anpassungen gleichermassen anstiegen und das System transparenter würde. Der SKOS ist es jedoch wichtig, das Gesamtpaket der Anpassungen nicht zu gefährden und entsprechend ist dieser Hinweis nicht als Bedingung zu verstehen.


Fazit

Die SKOS begrüsst die Vorlage zur Anpassung der Mietzinsmaxima der EL und plädiert dafür, die Beträge in Zukunft periodisch zu prüfen. Im Rahmen der vorliegenden Anpassung scheint uns die Ausweitung der Differenzierung für Mehrpersonenhaushalte sehr zentral und wir sprechen uns dafür aus, diese Differenzierung für noch grössere Haushalte fortzuführen. Weiter sieht die SKOS den dringenden Bedarf, den Mietwohnungsmarkt für günstige Wohnungen schweizweit besser zu verstehen und treffendere Regelungen respektive Empfehlungen für die EL wie auch für die Sozialhilfe vorsehen zu können. Und schliesslich würde es die SKOS begrüssen, wenn auf die Konservierung der «alten» Maxima für die Festlegung der Bundesbeiträge für Personen in Heimen verzichtet würde.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Prüfung unserer Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SKOS – CSIAS – COSAS



Walter Schmid, Präsident



SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG DER
VERBANDSAUSGLEICHKASSEN (VVAK)

ASSOCIATION SUISSE DES CAISSES DE
COMPENSATION PROFESSIONNELLES

p.A. AUSGLEICHSKASSE Arbeitgeber Basel
Viaduktstrasse 42, 4002 Basel
Telefon 061 285 22 31 Fax 061 285 22 33
E-Mail: stefan.abrecht@ak40.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Abteilung AHV, BV, EL
Frau Katharina Schubarth
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Basel, 13. Mai 2014

**Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELG);
anrechenbare Mietzinsmaxima – Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Schubarth
sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung, zur vorgesehenen Anpassung des ELG Stellung zu beziehen, danken wir
bestens.

Als Verbandsausgleichskassen sind wir von der Neueinteilung und Festsetzung der anre-
chenbaren Mietzinsmaxima nicht direkt betroffen und verzichten deshalb auf eine Eingabe.

Freundliche Grüsse

**Schweizerische Vereinigung der
Verbandsausgleichskassen (VVAK)**

Stefan Abrecht, Präsident

Ittigen, 11. April 2014

Worbentalstrasse 32, 3063 Ittigen / Bern
Tel. 031 924 11 00
E-Mail: info@ssr-csa.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV / Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Stellungnahme des SSR zur Vorlage „anrechenbare Mietzinsmaxima“ bei den Ergänzungsleistungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erlauben uns Ihnen die Stellungnahme noch auf Papier zuzustellen. Frau Sibel Oezen und Frau Lara Gianinazzi erhielten die Unterlagen bereits am 4. April 2014 per Mail.

Besten Dank und freundliche Grüsse

Schweizerischer Seniorenrat SSR



Michel Pillonel
Co-Präsident



Karl Vögeli
Co-Präsident

Worbentalstrasse 32, 3063 Ittigen / Bern
Tel. 031 924 11 00
E-Mail: info@ssr-csa.ch

An das
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV/Berufliche Vorsorge
und EL Effingerstr. 20
3003 Bern

Stellungnahme des Schweizerischen Seniorenrates (SSR) zur Vernehmlassungsvorlage über „anrechenbare Mietzinsmaxima“ bei den Ergänzungsleistungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) bedankt sich für die Einladung, zur Vorlage „anrechenbare Mietzinse“ bei den Ergänzungsleistungen Stellung zu nehmen.

Einleitung

Nach Vorstössen aus dem Parlament, einer Standesinitiative von Basel-Stadt und eines Zusatzberichtes aus der Bundesverwaltung ist nun über die Motion der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates ein Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) in die Vernehmlassung geschickt worden. Dies entspricht einem jahrelang brieflich und mündlich beim zuständigen Bundesamt vorgetragenen Anliegen des SSR. Damit wird auch einem seit langem gehegten Wunsch von Betroffenen, involvierten Behörden und Interessenvertretern entgegen gekommen.

Das anrechenbare Mietzinsmaximum ist seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Andererseits ist der Mietpreisindex während dieser Zeit um 18,3 Prozent gestiegen. Der Anstieg war höher als beim Konsumentenpreisindex. Die Mietpreise sind stark gestiegen, vor allem in den Ballungsräumen, wo ein geringer Wohnungsleerbestand einer starken Nachfrage gegenübersteht. Da verwundert es nicht, dass Mietzinse eine Höhe erreicht haben, welche vom gegenwärtigen Mietzinsmaximum der Ergänzungsleistungen nicht mehr voll gedeckt sind.

Zu den geplanten Massnahmen

Der SSR begrüsst, dass nun eine Erhöhung der anrechenbaren Mietzinse auf den Weg gebracht worden ist. Die geplanten **Mietzinsmaxima** erscheinen massvoll, sie machen den aufgelaufenen Mietzinsindex beinahe wieder wett.

Die geplante Berücksichtigung von **Mehrpersonenhaushalten** ist wichtig, wird dadurch doch die Benachteiligung von Familien gegenüber Alleinstehenden die zusammen wohnen, behoben.

Die vorgesehene **Abstufung der Ansätze** beim Grundbetrag und den Zusatzbeträgen für Familien, zwecks Bestimmung der Mietzinsmaxima, erscheint angemessen, ebenso die Aufteilung unter allen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern.

Dass **verschiedene Ansätze** gelten für die **Regionen 1-3 (Grosszentren, Stadt und Land)** ist unbedingt nötig, sind die Verhältnisse doch sehr verschieden. Für die Zuteilung zu den einzelnen Regionen auf die Statistik **Raumgliederung des BFS** zurückzugreifen, erscheint praktikabel. Die Statistik kommt jährlich heraus und bietet dem Bundesrat ein immer aktuelles Werkzeug für die Zuteilung der einzelnen Gemeinden.

Hingegen lehnt der SSR ab, dass für EL-Bezügerinnen und -Bezüger ein **unterschiedliches Mietzinsmaximum** gelten soll, je nachdem ob sie zuhause wohnen oder im Spital oder im **Heim** leben. Die Situation der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner würde nochmals verschlechtert, falls ihnen nur noch das bisherige Mietzinsmaximum angerechnet würde. Zudem würde die angestrebte Unterscheidung nach Regionen entfallen, was offensichtlich dem neuen System widerspricht.

Finanzielle Erwägungen des Bundes bei den Ergänzungsleistungen dürfen nicht der Grund für eine Schlechterstellung der Personen im Heim sein. Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13.6.2008 (Änderung KVG) wurde eine Mehrbelastung der Ergänzungsleistungen vom Bundesgesetzgeber bewusst geplant und eingerechnet.

Personen im Heim ist das neue Mietzinsmaximum der betreffenden Region anzurechnen.

Die **Kompetenzerteilung** an den Bundesrat im ELG ist sinnvoll und wird begrüsst.

zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV-Versicherung (ELG)

zu Art. 10 Abs. 1

streichen: der Passus „die nicht dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben (zu Hause lebende Personen)“ ist zu streichen

zu Art. 10 Abs. 1 Bst. b, 1bis und 1ter (neu) Zustimmung

zu Art. 13 Abs. 2

streichen: „des Betrags von 13 200 Franken“

ersetzen durch: „des Mietzinsmaximums der betreffenden Region für den Mietzins..“

Schlussbemerkungen

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben dienen zu können und stehen Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung. Wenden Sie sich bitte direkt an den Präsidenten unserer Kommission „Soziale Sicherheit“, Herrn RA Josef Bühler, Schweizerischer Seniorenrat, Worblentalstrasse 32 3063 Ittigen.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Seniorenrat



Michel Pillonel
Co-Präsident



Karl Vögeli
Co-Präsident

Geht an:

- Vasos
- SVS



An das
Bundesamt für Sozialversicherungen
Abteilung AHV,BV,EL
Effingerstr. 20
3003 Bern

per E-Mail an katharina.schubarth@bsv.ch

Bad Ragaz/Einsiedeln, 26.03.2014

Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen zur Vernehmlassungsvorlage über „anrechenbare Mietzinsmaxima“ bei den Ergänzungsleistungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Verband für Seniorenfragen (SVS) bedankt sich für die Einladung, zur Vorlage „anrechenbare Mietzinse“ bei den Ergänzungsleistungen Stellung zu nehmen. Unser gesamtschweizerischer Verband ist einer der beiden Trägerverbände des Schweizerischen Seniorenrates.

Einleitung

Die Vorlage kommt einem jahrelangen Anliegen des SVS entgegen.

Nach Vorstössen aus dem Parlament, einer Standesinitiative von Basel-Stadt und eines Zusatzberichtes aus der Bundesverwaltung ist endlich ein Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) zur Vernehmlassung vor.

Das anrechenbare Mietzinsmaximum ist seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Andererseits ist der Mietpreisindex während dieser Zeit um 18,3 Prozent gestiegen. Der Anstieg war höher als beim Konsumentenpreisindex. Vor allem in den Ballungsräumen und Grossstädten, wo ein geringer Wohnungsleerbestand einer starken Nachfrage gegenübersteht, haben die Mietzinse eine Höhe erreicht, welche vom gegenwärtigen Mietzinsmaximum der Ergänzungsleistungen nicht mehr zu decken ist.

1

VASOS
FARES

Vereinigung aktiver Senioren- und
Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz, 3000 Bern
Fédération des Associations des
retraités et de l'entraide en Suisse, 3000 Berne
Federazione associazioni dei
pensionati e d'autoaiuto in Svizzera, 3000 Berna

Office fédéral des assurances sociales

Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC

Effingerstrasse 20

3003 Berne

Copie courriel : katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Réponse de la FARES/VASOS à la consultation fédérale concernant :

La Modification de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI (LPC) ; loyers maximaux à prendre en compte.

Genève, le 20 mai 2014

Remarques d'ordre général

La FARES/VASOS salue les propositions de modifications de la LCP pour adapter enfin les loyers au prix maximaux à prendre en compte pour le calcul des prestations complémentaires.

La FARES/VASOS est intervenue à plusieurs reprises, depuis 2001, pour que les plafonds du coût des loyers, en hausse de 18,3% de 2001 à 2012, soient adaptés aux réalités économiques. Il est tout simplement incompréhensible qu'il ait fallu attendre aussi longtemps pour répondre aux exigences constitutionnelles de la couverture des besoins vitaux (Art. 112a, al.1, Cst.)

Le montant du loyer intervient comme dépense spécifique dans le calcul de la prestation complémentaire. Il est important que ce montant soit effectivement pris en compte car il est une des principales dépenses reconnues pour le principe de la couverture des besoins vitaux. Ce besoin touche plus de 267 900 personnes ayant droit à une prestation complémentaire en 2012. Lors du dernier

relèvement des plafonds en matière de loyer en 2001 le montant permettait d'assurer un taux de couverture de 89%. Les plafonds actuels ne permettent de répondre qu'à moins de 60% de couverture.

La FARES/VASOS a interpellé le Conseil fédéral pour lui demander de tenir compte de la situation de trop nombreuses personnes âgées ou invalides pour lesquelles les prestations complémentaires ne suffisent plus à couvrir les besoins vitaux à cause de l'explosion du coût des loyers qui n'a pas été prise en compte pour le calcul des prestations complémentaires. Le montant maximum du loyer admis est de 13'200 francs par an pour une personne seule et 15'000 francs pour un couple. Ce montant n'a pas été adapté depuis 2001. Il est urgent d'agir le plus vite possible afin d'assurer une mise en vigueur des montants modifiés dans les meilleurs délais.

Les modifications légales doivent permettre de prendre enfin en compte la précarité dans laquelle sont plongés de trop nombreux rentiers AVS et AI, suite aux hausses de loyers et qui n'arrivent plus à nouer les deux bouts parce que les prestations complémentaires ne suffisent plus.

Dans ce sens la FARES/VASOS approuve le principe d'une adaptation du montant des loyers pris en compte pour le calcul des prestations complémentaires, même si elle n'approuve pas toutes les modalités des propositions présentées dans le projet du Conseil Fédéral.

La FARES/VASOS regrette que le Conseil fédéral renonce à inscrire une indexation de l'adaptation des loyers automatique dans la loi. En renonçant à un automatisme légal, c'est l'adaptation du montant nécessaire à la couverture des besoins vitaux qui sera régulièrement remise en cause.

Observation de la FARES/VASOS concernant les détails du projet soumis en consultation.

Une réponse compliquée à une question simple !

La question posée est relativement simple : indexer le montant des loyers au coût réel afin d'adapter le montant déterminant donnant droit aux prestations complémentaires comme le prévoit l'art. 19 de la loi fédérale sur les prestations complémentaires.

En lieu et place d'une telle adaptation le Conseil fédéral propose des modifications légales concernant :

- A) Une modification des montants des loyers à prendre en compte
- B) Un calcul différencié selon le nombre de personnes occupant le logement ;
- C) Un découpage du territoire suisse en « grands centres » ; « ville et agglomération » et « campagne. », afin de fixer les loyers maximaux de façon différenciée sur le territoire suisse.
- D) Réduire les montants déterminants pour les personnes seules vivant dans une communauté d'habitation
- E) Ne plus adapter les loyers au coût de la vie pour les séjours en home et transférer la charge de cette compensation sur les cantons !
- F) Punir les utilisateurs de fauteuil roulant ! En gelant le montant prévu dans la loi
- G) Non adaptation des forfaits pour frais accessoires pour les personnes habitant leur propre logement

A) Une modification des montants des loyers déterminant à prendre en compte

LA FARES/VASOS considère que les propositions de modifications de la loi concernant les montants des loyers pris en compte dans le calcul des prestations complémentaires sont insuffisantes; car elles se basent sur l'évolution des loyers observée entre 2001 et 2012 soit 18,3%. La loi ne tiendra compte ni des augmentations qui interviendront d'ici son entrée en vigueur, soit une période d'au moins quatre années supplémentaires durant laquelle le renchérissement sera important, ni des augmentations futures : aucune propositions n'étant faite pour indexer le montant des loyers au coût réel des prix. A notre avis, la loi doit prévoir une indexation régulière du montant des loyers pris en compte, afin que l'adaptation ne soit pas d'emblée à la traîne de l'évolution réelle des nouveaux loyers maximaux.

**B) Un calcul différencié selon le nombre de personnes occupant le logement ;
Adaptation des loyers maximaux pour les ménages de plusieurs personnes
(art.10 al. 1 let. b ch. 2 et art. 10 al. 1bis LPC).**

La FARES/VASOS soutient la proposition de différencier les loyers maximaux en fonction du nombre de personnes qui vivent dans le ménage. Les familles ayant plusieurs enfants ne sont plus en mesure de trouver sur le marché un logement dont le loyer n'excède pas le maximum légal. C'est dans ce domaine que le besoin d'adaptation est le plus important. La solution rudimentaire pratiquée jusqu'à présent, qui ne prévoit que deux niveaux dont les montants diffèrent peu, ne satisfaisait plus aux circonstances effectives. La FARES/VASOS est favorable à la création de la prise en compte du nombre effectif de personnes en modifiant le dernier alinéa de l'art 10, al, 2, let. b en précisant qu'un supplément de 1000 francs est pris en compte pour une cinquième personne en plus. Cette proposition permettra de tenir compte de ce genre de structures familiales qui ne sont pas rares.

C) Un découpage du territoire suisse en « grands centres » ; « ville et agglomération » et « campagne. », afin de fixer les loyers maximaux de façon différenciée sur le territoire suisse.

Même si nous ne sommes pas opposés à la proposition de ne plus fixer les loyers maximaux de façon uniforme pour tout le territoire suisse, nous considérons que la proposition de distinguer entre « grands centres » ; « villes, agglomérations » et « campagne »“, va rendre bien plus complexe et souvent injuste la prise en compte nuancée des niveaux de loyer selon le lieu de domicile, compte tenu des différences entre les niveaux de loyers. Il en découlera en outre un important surcroît de travail administratif. La délimitation prévue ne pourra pas tenir compte de toutes les particularités locales; ce qui peut conduire à des injustices importantes.

D) Réduire les montants déterminants pour les personnes seules vivant dans une communauté d'habitation

La FARES/VASOS considère que le nouveau système proposé va toucher de manière importante la situation de bon nombre de personnes seules vivant par exemple dans une communauté d'habitation, dont les loyers maximaux d'actuellement 1'100 francs par mois baisseraient désormais à environ 440 francs (communauté d'habitation urbaine de 4 personnes). Cette diminution pourrait s'avérer d'une portée existentielle notamment pour les personnes handicapées vivant dans des communautés d'habitation avec un service d'accompagnement. C'est pourquoi la FARES/VASOS soutient les propositions faites par la conférence des organisations faitière de l'aide privée aux personnes handicapées, qui **demande de donner pouvoir au Conseil fédéral de mettre en place, par voie d'ordonnance, une solution**

spéciale pour ces formes d'habitat. Au moins faudrait-il prévoir un délai transitoire de plusieurs années pour ce type d'habitat.

E) Ne plus adapter les loyers au coût de la vie pour les séjours en home et transférer la charge de cette compensation sur les cantons

En vertu du principe que les frais liés à la couverture des besoins vitaux sont à prendre en charge collectivement par la confédération et les cantons y compris pour les personnes résidant en homes, le Conseil Fédéral considère inopportun de fixer un plafond pour la prise en charge des frais des résidents de homes. La FARES/VASOS estime que les résidents des homes ne doivent pas faire les frais de telles considérations financières entre la confédération et les cantons et être en définitive victimes de traitement moins favorable que les autres bénéficiaires pour ce qui concerne la prise en compte des prestations complémentaires. Ce d'autant plus que la réorganisation du financement mise en vigueur en 2008 tenait déjà compte du calcul des prestations complémentaires.

La FARES/VASOS demande que l'art.13 al. 2 LCP ne prévoit pas de plafonner les loyers comme proposé mais de les adapter également au renchérissement.

F) Punir les utilisateurs de fauteuil roulant ! En gelant le montant prévu dans la loi (art. 10 al. 1 let. B ch. 3 LCP)

Le Conseil fédéral propose de bloquer le supplément prévu pour la location d'un appartement permettant la circulation d'une chaise roulante. Le montant destiné aux personnes qui doivent trouver un logement permettant la circulation d'une chaise doit être adapté au renchérissement. Ce poste ne touche que très peu de personnes mais cela permettrait à ces personnes de couvrir les besoins vitaux.

G) Adaptation des loyers maximaux pour les personnes vivant seules dans leur propre logement (art. 10 al. 1 let. B, ch. 1 LPC)

Par ailleurs, le projet ne tient pas compte du fait que l'actuel forfait pour frais accessoires destiné aux personnes habitant un immeuble qui leur appartient. Ce forfait ne correspond de loin plus aux frais accessoires réels.

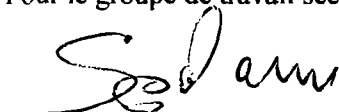
La FARES/VASOS demande au Conseil fédéral de procéder le plus rapidement possible, par voie d'ordonnance, à l'adaptation du forfait pour frais accessoires destiné aux personnes habitant un immeuble qui leur appartient.

Conclusions

En conclusion, la FARES/VASOS demande des modifications importantes du projet du Conseil fédéral et la mise en vigueur d'ordonnances d'applications pour résoudre les problèmes que nous avons soulevés dans ce document. Il est important que l'adaptation du coût du loyer puisse se faire dans les meilleurs délais.

En vous remerciant d'avance de l'attention et des réponses qui seront données à nos propositions nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Pour le groupe de travail sécurité sociale de la FARES/VASOS



Jean Spielmann, président



Zu den geplanten Massnahmen

Der SVS begrüsst, dass nun eine Erhöhung der anrechenbaren Mietzinse auf den Weg gebracht worden ist. Die geplanten **Mietzinsmaxima** erscheinen massvoll, sie machen aber den aufgelaufenen Mietzinsindex nur beinahe wieder wett.

Der geplanten Berücksichtigung von **Mehrpersonenhaushalten** stimmt der SVS zu. Sie ist wichtig, wird dadurch doch die Benachteiligung von Familien gegenüber Alleinstehenden die zusammen wohnen, behoben.

Vom SVS ebenfalls unterstützt werden die vorgesehene **Abstufung der Ansätze** beim Grundbetrag und den Zusatzbeträgen für Familien, zwecks Bestimmung der Mietzinsmaxima. Sie erscheint angemessen, ebenso wie die Aufteilung unter allen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern.

Dass **verschiedene Ansätze** gelten **für die Regionen 1-3** (*Grosszentren, Stadt und Land*) ist unbedingt nötig und wird vom SVS unterstützt. Die Verhältnisse sind doch sehr verschieden!

Für die Zuteilung zu den einzelnen Regionen auf die Statistik **Raumgliederung des BFS** zurückzugreifen, ist aus SVS-Sicht praktikabel. Die Statistik kommt jährlich heraus und bietet dem Bundesrat ein immer aktuelles Werkzeug für die Zuteilung der einzelnen Gemeinden.

Hingegen lehnt der SVS ab, dass für EL-Bezügerinnen und -Bezüger ein **unterschiedliches Mietzinsmaximum** gelten soll, je nachdem ob sie zuhause wohnen oder im Spital oder im **Heim** leben.

Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13.6.2008 (Änderung KVG) wurde eine Mehrbelastung der Ergänzungsleistungen vom Bundesgesetzgeber bewusst geplant und eingerechnet.

Die Situation der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner würde nochmals verschlechtert, falls ihnen nur noch das bisherige Mietzinsmaximum angerechnet würde. Zudem würde die angestrebte Unterscheidung nach Regionen entfallen, was offensichtlich dem neuen System widerspricht.

Finanzielle Erwägungen des Bundes bei den Ergänzungsleistungen dürfen nicht der Grund für eine Schlechterstellung der Personen im Heim sein.

Personen im Heim ist das neue Mietzinsmaximum der betreffenden Region anzurechnen.

Die **Kompetenzerteilung** an den Bundesrat im ELG ist sinnvoll und wird begrüsst.



Schweizerischer Verband für Seniorenfragen
Association Suisse des Aînés (ASA)
Associazione Svizzera degli Anziani (ASA)

zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV-Versicherung (ELG)

zu Art. 10 Abs. 1

streichen: der Passus „die nicht dauernd oder längere Zeit in einem Heim oder Spital leben (zu Hause lebende Personen)“ ist zu streichen

zu Art. 10 Abs. 1 Bst. b, 1bis und 1ter (neu)

Zustimmung

zu Art. 13 Abs. 2

streichen: „des Betrags von 13 200 Franken“

ersetzen durch: „des Mietzinsmaximums der betreffenden Region für den Mietzins..“

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Seniorenfragen

Hans Werner Widrig
SVS-Präsident
Bad Ragaz, 26.03.2014

Ueli Brügger
SVS-Geschäftsführer
Einsiedeln, 26.03.2014